

**Staatliches Amt
für Umwelt und Natur
Schwerin**



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Jahresbericht 2003



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin

Vorwort

„Vergnügen an Veränderung ist dem Menschen bleibend eigen.“

G.CH.Lichtenberg)

Das Jahr 2003 war geprägt von einer unendlichen Diskussion um die anstehende Kreisgebiets- und Funktionalreform. Dabei ging es zum einen um die künftige Anzahl der Kreise, zum anderen darum, welche staatlichen Aufgaben beim Land verbleiben und welche an die Kreise verlagert werden können.

Mit Stand 15.12.2003 scheint nunmehr der Kompromiss mit 5 Kreisen gefunden zu sein, allerdings bleiben noch viele Fragen offen, z.B., wie der nachgeordnete Bereich der Umweltverwaltung an die künftige Struktur der Kreise angepasst werden kann.

Vor diesem Hintergrund haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAUN Schwerin wie gewohnt mit großem Einsatz ihre Arbeit getan. Wie ich vor einem Jahr bereits andeutete, werden wegfallende Stellen nicht wieder besetzt sondern müssen aus den eigenen Reihen „rekrutiert“ werden. Damit die Arbeitsfähigkeit der Dienststelle dennoch gewährleistet ist, habe ich mich entschlossen, durch Änderung und Straffung der Organisation auch ohne Stellennachbesetzung die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen. Werden allerdings über die bekannten Stellenreduzierungen hinaus weitere Einsparungen erforderlich, sehe ich aus eigener Kraft keine Möglichkeiten mehr, zumal mit dem Inkrafttreten des Zoogesetzes sowie mit der Umsetzung der FFH-Managementpläne, um nur zwei Beispiele zu nennen, neue zusätzliche Aufgaben zu bewältigen sind.

Insoweit gehen wir erneut in ein neues Jahr mit vielen Fragezeichen, aber mit dem gewohnten Elan und in dem vertrauensvollen Miteinander werden wir wieder alle an uns gestellten Aufgaben meistern, da bin ich mir ganz sicher.

Ich danke allen, die uns als Partner in guter Zusammenarbeit im Jahre 2003 begleitet haben und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr.

Ihr


Hansjürgen Engel
Amtsleiter

Inhalt

Vorwort.....	2
Zuständigkeitsbereich.....	4
Abteilung 1	
Allgemeine Abteilung.....	5
Abteilung 2	
Naturschutz und Landschaftspflege.....	16
Abteilung 3	
Wasser und Boden.....	26
Abteilung 4	
Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft.....	59
Personalrat.....	74
<u>Anhang</u>	77
Organisationsplan	
StAUN im Spiegel der Presse	

Impressum: V.i.S.d.P. Hansjürgen Engel
Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin
Pampower Straße 66
19061 Schwerin
Tel.: 0385 / 6433 - 0
Fax.: 0385 / 6433 - 603
e-mail: poststelle@staunsn.mv-regierung.de
www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/

Amtsbereich StAUN Schwerin

Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust, die kreisfreien Städte Schwerin und Wismar, 27 Ämter mit 236 Gemeinden sowie 10 amtsfreie Gemeinden auf einer Gesamtfläche von 4.767 km². Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 90 km und die Ost-West-Ausdehnung ca. 80 km. In diesem Gebiet leben rund 400.000 Einwohner.

Das Amt hat seinen Sitz auf der landeseigenen Liegenschaft in der Pampower Straße in Schwerin – Süd. Die von der Abteilung Wasser und Boden betriebenen Bauhöfe befinden sich in Boizenburg und Dömitz.

Der Bauhof in Grevesmühlen wurde im Berichtszeitraum an den Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V (BBL) abgegeben.



1. Allgemeine Abteilung

1.1 Allgemeine Angaben

Das im Jahr 2002 auf der Liegenschaft Pampower Strasse eingerichtete Behördenzentrum (Eichamt, Straßenbauamt, Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg – AfRL -, Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin –StAUN –) hat sich am Standort etabliert.

Die aufgabenmäßige Abgrenzung zum BBL als nunmehr hausverwaltende Einrichtung für das StAUN hat sich im Berichtszeitraum gefestigt.

Zwischen den verantwortlichen Mitarbeitern beider Institutionen erfolgt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die dringenden Sanierungsarbeiten am Haus 1 (wie Wärmedämmung an Fassade und Dach, neue Fenster) sind nunmehr für Ende 2004 / Anfang 2005 vorgesehen.

In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage des Landes zum Jahresende dürfte dieser Termin zum wiederholten Mal auf dem Prüfstand stehen.

Zur Zeit werden z.B. Wasserschäden oder Schäden am Bauwerk lediglich im Wege von Notreparaturen behoben.



Wasserschäden am Fenstersturz

Nach entsprechenden Umbaumaßnahmen steht im Haus 1 nunmehr eine küchentechnisch moderne Kantine für die Versorgung der Mitarbeiter des Behördenzentrums zur Verfügung. Betrieben wird die Kantine durch einen privaten Anbieter.

Von den internen Umstrukturierungsmaßnahmen blieb auch die Organisationsstruktur der Allgemeinen Abteilung nicht verschont. Bereits frühzeitig wurden in der Abteilung personell und organisationstechnisch die Weichen für die

anstehenden neuen Herausforderungen zur Bewältigung der Arbeitsaufgaben gestellt.

Im Rahmen einer zum 01.11.2003 vorläufigen Organisationsstruktur erfolgte eine Zusammenlegung der Dezernate 100 und 120 mit nunmehr 12 Beschäftigten.

Zur Allgemeinen Abteilung gehören das:

- Dezernat 100:
Justitiariat, innerer Dienst, Organisation, Liegenschaften, Öffentlichkeitsarbeit (12 Beschäftigte)
- Dezernat 110:
Personal, Haushalt, Fördermittelangelegenheiten (4 Beschäftigte) und 10 Auszubildende.

Auch in dieser neuen Zusammensetzung versteht sich die Allgemeine Abteilung als Querschnitts- und Dienstleistungsbereich für die Fachabteilungen des Hauses.

Von Mitarbeitern der Abteilung werden neben den originären Aufgaben auch die Aufgaben

- der Haushaltsbeauftragten,
- des Sicherheitsbeauftragten,
- der Gleichstellungsbeauftragten,
- des Geheimschutzbeauftragten und
- der Ausbildungsbeauftragten wahrgenommen.

Auf Grund der Umstrukturierung des Amtes ist durch eine personelle Umsetzung die Ausbildungsbeauftragte wieder der Allgemeinen Abteilung zugeordnet worden.

Durch mögliche Umstrukturierungsmaßnahmen im Ressortbereich erhofft sich das Amt zudem, die Funktion des IT-Beauftragten mit einem entsprechenden Dienstposten in die Allgemeine Abteilung zu integrieren.

Bisher wird diese Aufgabe durch einen Mitarbeiter der Fachabteilung wahrgenommen, der jedoch für die Bearbeitung von fachlichen Aufgaben dringend benötigt wird.

Neben der innerbetrieblichen Verwaltung des Hauptsitzes des Amtes in Schwerin, Pampower Straße, sind zur Zeit noch Liegenschaften in:

- Schwerin, Ziegelsee (Bootshaus),
- Boizenburg,
- Dömitz und
- Farpen

sowie weitere landeseigene Liegenschaften zu verwalten.

Zur Förderung der betrieblichen Zusammenarbeit organisierte die Abteilung im Juni eine Amtsexkursion zur IGA nach Rostock. Diese Gemeinschaftsveranstaltung wurde von den Beschäftigten gut angenommen.

1.2 Personal, Haushalt und Fördermittel

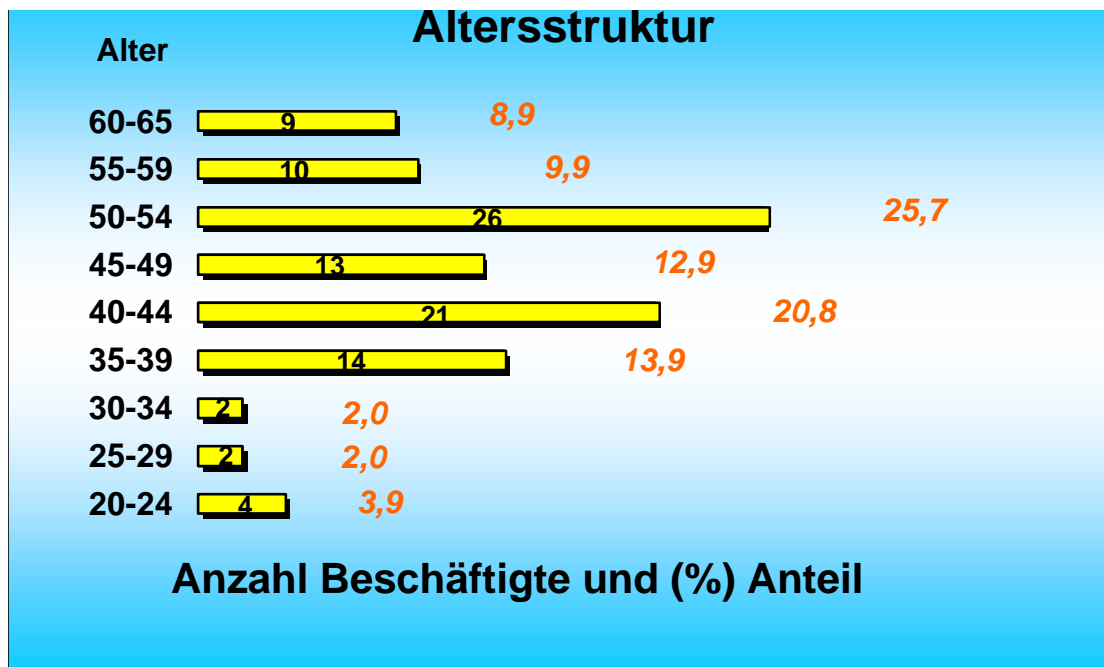
1.2.1 Personal

Die Personalzusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

Mitarbeiter	31.12.03	
	Anzahl	%
gesamt	101	
davon:		
Beamte	27	26,7
Angestellte	67	66,3
Arbeiter	7	7,0
davon:		
Teilzeitbeschäftigte	9	
Beurlaubt	1	
Altersteilzeit	5	
Befristet Beschäftigte	7	
davon:		
ABM	0	
SAM	0	
Sonstige	7	
Auszubildende	10	

Um der vom Landtag und von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern geforderten Reduzierung des Personalbestandes und damit verbundenen Senkung der Personalausgaben nachzukommen, wird es zu einem weiteren Personalabbau kommen. Allerdings nimmt der zu erledigende Arbeitsumfang nicht ab, sondern er nimmt eher zu, so z.B. im Bereich der Fördermittelbewilligung durch die notwendige Umsetzung immer neuer EU-Verordnungen.

Eine Analyse der Altersstruktur der Beschäftigten (s. Abb.) zeigt eine Überalterung des Amtes und das Problem der nicht nachzubesetzenden Dienstposten bei Ausscheiden von Mitarbeitern aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand. Mehr als ein Drittel der Mitarbeiter sind 50 Jahre und älter. Die Einstellung junger Hochschulabsolventen ist aufgrund des andauernden Einstellungsstopps faktisch unmöglich.



Zur weiteren Qualifizierung haben 44 Beschäftigte fach- und funktionsbezogene Fortbildungsveranstaltungen besucht und 10 Beschäftigte haben an Lehrgängen für Informations- und Kommunikationstechnik teilgenommen.

1.2.2 Ausbildung

Im StAUN Schwerin wurden durch die Ausbildungsbeauftragte Frau Zeiler 10 Lehrlinge vom 1. bis zum 3. Ausbildungsjahr in ihrer Ausbildung zur / zum Kauffrau / Kaufmann für Bürokommunikation betreut.

Im September diesen Jahres haben drei junge Menschen ihre Ausbildung beim StAUN angetreten.

Zwei Auszubildende schlossen Ihre Ausbildung in diesem Jahr mit guten Prüfungsergebnissen ab. Auf Grund Ihrer guten Leistungen konnte diesen beiden Auszubildenden für ein Jahr ein befristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden.

Ein Auszubildungsverhältnis wurde auf Grund einer nicht bestandenen Prüfungsleistung bis zum 22. Dezember diesen Jahres verlängert.

Sechs Auszubildenden konnte langfristig ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt werden, in dem insbesondere Fertigkeiten und Fähigkeiten der Berufsbildpositionen: Kaufmännische Steuerung und Kontrolle, Aufgaben des bereichsbezogenen Rechnungswesens sowie Fachaufgaben diverser Sacharbeitsgebiete vermittelt wurden.

Als neue Partner in der überbetrieblichen Ausbildung konnten das Ingenieurbüro Schwerin für Landeskultur, Umweltschutz und Wasserwirtschaft; die Rechtsanwaltssozietät Schulz, Bonßdorf, Degen aus Parchim; das Amt Brüel, Finanzen und Liegenschaften; die Sparkasse Schwerin; die Brauerei Lübz sowie das Amt Sternberger Seenlandschaft gewonnen werden.

Darüber hinaus konnte der überbetriebliche Lehrgang Betriebliches Rechnungswesen, angeboten durch das IHK-Bildungszentrum Schwerin, durch die Auszubildenden wahrgenommen werden.

Ein enger Partner ist ebenso die Schweriner Bildungswerkstatt e.V. geworden. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt bietet diese Bildungseinrichtung den Jugendlichen ausbildungsbegleitende individuelle Hilfen an.

Die Jugendlichen wurden befähigt, Lücken in Theorie und Praxis zu schließen.

Die Angebote wurden im vergangenen Jahr von vier Auszubildenden erfolgreich genutzt.

1.2.3 Haushalt

Das Haushaltsvolumen im Jahr 2003 beträgt bei den

Einnahmen 1.010.000 EUR und bei den

Ausgaben 12.500.000 EUR.

Einnahmen werden erzielt durch Gebühren, Abgaben, Ausgleichszahlungen, Miet- und Pachtzahlungen.

Ausgaben erfolgen für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes, Ersatzvornahmen und sächliche Verwaltungsausgaben.

1.2.4 Fördermittel

Das StAUN Schwerin ist für 13 Förderprogramme Bewilligungsbehörde und hat im Jahr 2003 ca. 6.000.000 EUR Fördergelder ausgezahlt.

1.3 Organisation

Zum 01.11.2003 hat das Amt seine bestehende Struktur mit dem in Kraft setzen einer vorläufigen Organisationsstruktur geändert.

Durch die Zusammenlegung von Dezernaten, Aufgabenumverteilungen und Umsetzungen sowie durch die Delegierung der Verantwortung bis auf die Sachbearbeiterebene reagiert das Amt auf die personelle Ist-Situation und die Altersabgänge, damit die dem Amt übertragenen Aufgaben als untere Landesbehörde auch zukünftig in gleicher Qualität erfüllt werden können.

Mit der Zusammenlegung der Dezernate wird einerseits der Geschäftsordnung – nB vom 16.12.2002 entsprochen und andererseits eine höchstmögliche Flexibilität in der Aufgabenerfüllung erreicht.

Der Lenkungsausschuss zur Landes – Kosten- und Leistungsabrechnung (KLR) hat beschlossen, dass auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Fachkonzeptes das StAUN Schwerin neben dem StAUN Stralsund zum 1. Juni 2003 als weitere Pilotbehörde in das Projekt integriert wird. Durch die Ausweitung der KLR auf mehrere StAUN sollen langfristig gute Vergleichsmöglichkeiten geschaffen, die Aufgabenerfüllung verbessert und Möglichkeiten zur Kostenminimierung gefunden werden. Die KLR ist als Teil der Verwaltungsmodernisierung zu betrachten. Auf der Grundlage des behördenspezifischen KLR – Konzeptes wurden neben den Kostenstellen und – arten die Kostenträger in Abstimmung mit der Pilotbehörde StAUN Rostock und dem StAUN Stralsund erarbeitet, ein Verrechnungskonzept erstellt und die KLR relevanten Daten im SAP – Programm erfasst.

Mit dem Probetrieb wurde am 01.11.2003 begonnen, der Wirkbetrieb beginnt am 01. Januar 2004.

1.4 Technische Ausrüstung

Es sind 107 Arbeitsplätze mit Personalcomputern ausgerüstet, davon sind 102 mit dem Ressortbereich des Umweltministeriums vernetzt.

Ausstattungsgrad mit IT-Technik / Vernetzung (Stand 31.12.2003)

Bereich/Abteilung	ausstattungs- fähige Arbeitsplätze (2)	mit PC ausge- stattet	%-Aus- stattung Anteil von 2	landesweit vernetzte PC	%-Anteil von 2
Amtsleiter, Vorzimmer	2	2	100	2	100
Abt. 1	25	25	100	22	88
Abt. 2 / LIFE	16	16	100	14	87,5
Abt. 3 / Baubezirk	43	40	79,1	37	65,1
Abt. 4	21	21	100	21	100
insgesamt	107	107	100	102	95,3

Alle Mitarbeiter haben eine eigene E-mail-Adresse (z.B. Hans.Müller@staunsn.mv-regierung.de).

Beschäftigte, die noch nicht vernetzt sind, können e-mails über die Poststelle des Hauses erhalten und versenden (poststelle@staunsn-mv-regierung.de).

Ein unmittelbarer Zugang zum Internet steht jedem Mitarbeiter zur Verfügung.

Die IT-Technik wird von einem zentral durch das Umweltministerium gebundenen Partner betreut.

Referendaren, Praktikanten und Auszubildenden konnten nicht in jedem Fall optimale Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Vordringliche Aufgabe sollte sein, die IT – Technik so zu erweitern, dass auch für diesen Personenkreis PC – Arbeitsplätze mit aktueller Software zur Verfügung stehen.

Der Bereich Boizenburg und Dömitz mit den Schaltzentralen Boizenburg und Dömitz verfügt über ein modernes Informations- und Schaltsystem zu den wasserwirtschaftlichen Anlagen.

Den Beschäftigten stehen zur Erfüllung der Arbeitsaufgaben insgesamt 13 PKW zur Verfügung; davon am Standort Schwerin: 5 PKW sowie zwei PKW, die ausschließlich im Messdienst eingesetzt werden. Die Messfahrzeuge wurden im Jahr 2003 neu angeschafft und nach neuestem Standard ausgerichtet.

Der Baubezirk mit seinen Bauhöfen Boizenburg, Dömitz und Farpfen nutzt 6 PKW. Des Weiteren wird ein Arbeitsboot vorrangig durch die Abteilung Wasser und Boden, Dezernat Landesmessdienst genutzt.

1.5 Öffentlichkeitsarbeit

1.5.1 Tag der Umwelt

Anlässlich des Tages der Umwelt am 05. Juni 2003 zeichnete das Amt am 18.06.2003

die diesjährigen Sieger des umweltbezogenen Projektwettbewerbs für Berufsschulen und Ausbildungsstätten aus.

Sieger des Wettbewerbes wurde die Berufliche Schule für Bautechnik „G.A. Demmler“ aus Schwerin. Mit einer Multimedia-Präsentation zum Ökosystem der Warnow bei Karnin überzeugten die Schüler die Jury eindrucksvoll, so dass sie hierfür aus den Händen des stellvertretenden Amtsleiters des StAUN Schwerin, Herrn Günter Jaap, neben einer Urkunde, einen Geldpreis in Höhe von 500,00 € erhielten.



Herr Jaap überreicht den Schülern der Beruflichen Schule für Bautechnik G.A. Demmler und der das Projekt begleitenden Lehrkraft, Frau Weiß, z.v.l., die Siegerurkunde.

Das Schweriner Ausbildungszentrum (SAZ e.V.) platzierte sich als bereits zweimaliger Preisträger auf dem zweiten Platz. Für die Fortentwicklung ihrer Lernsoftware (ebenfalls eine multimediale Darstellung) für das Berufsbild des Fachwerkers für Recycling, bekamen die Auszubildenden neben einer Urkunde einen Geldpreis in Höhe von 400,00 €. Mit ihrer Lernsoftware leistet das SAZ zusammen mit seinen Schülern einen nachhaltigen Beitrag für das Umweltbewusstsein in der Berufsausbildung.

Den dritten Rang erreichten sowohl die Gewerbeschule Wismar als auch die Schweriner Bildungswerkstatt e.V.

Unter dem Arbeitstitel „Heizen wie die alten Römer“ versuchten die Schüler der Gewerbeschule Wismar ihre theoretischen Kenntnisse der Wärmebedarfsberechnung an der sanierungsbedürftigen Heizungstechnik der Selmsdorfer Kirche in die Praxis umzusetzen.

Die angehenden Maler und Lackierer der Schweriner Bildungswerkstatt e.V. untersuchten, wie wasserhaltige Bindemittel und Füllstoffe filtriert werden können, um so einen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten. Beide Ausbildungsstätten erhielten neben Urkunden je einen Geldpreis in Höhe von 200,00 €



Projektbetreuer Maik Schulz, 1.v.r., erläutert das Projekt einer Minikläranlage für wasserhaltige Bindemittel und Füllstoffe.

Das StAUN Schwerin hofft, dass die Schulen und Schüler die Geldpreise sinnvoll für weitere ökologische Projekte einsetzen.

1.5.2 Pressearbeit / Internetpräsentation / Ausstellungen

Zu den sonstigen umweltrelevanten und umweltpolitischen Aktivitäten des Amtes wurden zahlreiche Pressemitteilungen herausgegeben, die in der Regel in der lokalen Tagespresse veröffentlicht wurden. Hinsichtlich des Presseechos wird auf die Zusammenstellung im Anhang verwiesen.

Aktuelle Informationen und eine Übersicht über das Amt können auch im Internet unter www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/ abgerufen werden.

Statistisch lässt sich belegen, dass die Seiten zum Jahresbericht des Amtes, zum Hochwasser an der Elbe und zur Abwasserabgabe bei den Internetnutzern besonders beliebt sind.

Auf großes Interesse stößt auch die erstmals eingerichtete Möglichkeit, Vordrucke zur Abwasserabgabe über das Internet abzurufen.

Das Amt bot auch im Jahr 2003 Künstlern wieder ein Forum, ihre Werke zu präsentieren, und zwar mit folgenden Ausstellungen:

- „Landschaftsaquarelle und Pflanzenmotive“ von Manuela Wulff, Kessien
- „Landschaften in Öl“ von Ralf Mielke, Rostock und
- eine ständig wechselnde Fotoausstellung mit Umweltmotiven von Wolfgang Wendland, Schwerin (ehemaliger Mitarbeiter des Amtes).



Blick auf die Schweriner Schlossbrücke

1.5.3 Publikationen

Folgende eigene Publikationen können beim Amt angefordert werden:

- Elbe – Hochwasser im August 2002 und Januar 2003
- Faltblatt LIFE - Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“,
- Broschüre zum Naturschutzgebiet Löcknitz-Tal und Elbtaldünen bei Klein Schmölen,
- Videofilm Fischadlerprojekt,
- Broschüre zum Videofilm Fischadlerprojekt am Rande der Landeshauptstadt Schwerin,
- Broschüre Hochwasserschutz Elbe,
- Hochwasserschutz Dömitz,
- Faltblatt Sturmflutschutz Dassow und
- Faltblatt Agenda-Büro.

1.5.4 Agenda 21-Büro

Nachdem das Agenda – Projektbüro zum 31.12.2002 geschlossen wurde, wird die Agenda – Aufgabe nunmehr von Frau Beleites aus der Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege mit wahrgenommen. Neben der allgemeinen Beratungstätigkeit für die am Agendaprozess interessierten Institutionen wurde auf der Grundlage der

Förderrichtlinie das Vorhaben „BUGA – Präsentation der Entwicklungsachse Mecklenburg – Bahn“ des Amtes Rehna gefördert.

1.6 Rechtsangelegenheiten

Die Rechtsberatung der Beschäftigten in den Fachabteilungen bei der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen stellt einen wesentlichen Schwerpunkt dar.

Im Jahre 2003 wurden 13 Verwaltungsentscheidungen mit Widersprüchen belegt. Da vielfach eine Abhilfeentscheidung nicht möglich war, hat das Umweltministerium als zuständige Widerspruchsbehörde über die Verfahren zu entscheiden.

Die geplante Rückgabe der Widerspruchsbehördenkompetenz vom Umweltministerium auf die Ausgangsbehörden wurde auch im Jahr 2003 nicht vollzogen.

Wie in den Vorjahren bereitet die Zunahme von Insolvenzverfahren den Mitarbeitern Probleme bei der Erstellung von verwaltungsrechtlichen Entscheidungen, beispielsweise Beräumungsverfügungen. Insolvenzverwalter nutzen den rechtlichen Spielraum, sich der Verantwortung zu entziehen.

Auskunftersuchen nach dem Umweltinformationsgesetz verzeichnen eine besondere Zunahme.

Grundsätzliche Fragen der Freistellung von der Altlastenhaftung sind vom OVG Greifswald noch nicht entschieden worden. Derweil stößt die Bearbeitung von Altanträgen zur Altlastenfreistellung in der Öffentlichkeit auf Kritik.

Erstmalig hat sich das Amt prozessual mit der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten (umgestürzter Baum an einem Gewässer) vor dem Landgericht Schwerin auseinanderzusetzen.

1.7 Amtsstellungnahmen

Als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde hatte das Amt zu 246 Vorhaben Stellungnahmen abzugeben. Diese Stellungnahmen fächern sich wie folgt auf:

Beteiligungsverfahren (Stand: 30.11.03)	Anzahl
Regionale Raumordnungsprogramme	1
Raumordnungsverfahren	2
Einzelbauvorhaben	85
Bebauungspläne	73
Flächennutzungspläne	22
Vorhaben- und Erschließungspläne	2
Außenbereichs-, Abrundungs- und sonstige Satzungen	2
Rechtsetzungsverfahren	4
Landschaftspläne	2
Bodenordnungsverfahren	5
Planfeststellungsverfahren	12
Bergrechtliche Verfahren	7

1.8 Liegenschaftsverwaltung

Die Kaufverhandlungen zum „Rückständigen Grunderwerb“ in den Gemarkungen Dömitz (Löcknitzumfluter) und der Gemarkung Gülze (Ringdeich Gülze) erweisen sich als sehr kompliziert und langwierig.

Durch die Übernahme von landeseigenen Gewässern II. Ordnung in die Verwaltung des Landwirtschaftsressort ist eine Liste mit 815 Flurstücken an die Landgesellschaft Mecklenburg – Vorpommern mbH übergeben worden.

2. Naturschutz und Landschaftspflege

2.1 Allgemeine Angaben

Die Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege nimmt die Belange einer Fachbehörde für Naturschutz gemäß § 56 Landesnaturschutzgesetz M-V wahr. Dazu zählen als Hauptaufgaben

- die Verwaltung und naturschutzfachliche Betreuung von Naturschutzgebieten,
- naturschutzrechtliche Entscheidungen im Bereich der Küstengewässer,
- Stellungnahmen zu verschiedenen raumbedeutsamen Fachplanungen wie Flächennutzungspläne und Raumordnungsverfahren sowie
- die Vergabe und Kontrolle der Verwendung von Fördermitteln des Landes für Naturschutzzwecke.

Die Abteilung Naturschutz ist dabei fachlich verantwortlich für 9 Förderrichtlinien des Landes: Sollschatz, Vogelrastplatz, Feldhecken-Randstreifen, Naturverbundenes Dorf, Naturschutzgerechte Grünlandnutzung, Kommunale Landschaftsplanung, Ertragsausfälle durch geschützte Tierarten in Landwirtschaft und Fischerei, Arten- und Biotopschutz-Fördermittel. Für die Förderung von Moorschutzprojekten nach der entsprechenden Richtlinie werden Aufgaben einer begleitenden regionalen Fachbehörde wahrgenommen.

Darüber hinaus werden Mittel des Alleenfonds und der Fonds für Ausgleichszahlungen durch die Abteilung verwaltet und naturverbessernde Maßnahmen aus Mitteln des Fonds für Ausgleichszahlungen geplant und realisiert.

Zusätzlich zu diesen Pflichtaufgaben unterstützte die Abteilung in diesem Jahr das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG M-V) bei der Nachmeldung von FFH-Gebieten. Das aus EU-Mitteln kofinanzierte LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“ im Elbetal wurde weitergeführt. Das dazu erforderliche Planfeststellungsverfahren soll im kommenden Jahr abgeschlossen und entsprechende Maßnahmen realisiert werden.

Wie in den Vorjahren beteiligten sich auch in diesem Jahr 2 Mitarbeiter an den Küstenvogelzählungen für die AG Küstenvogelschutz beim LUNG M-V.

2.1.1 Personal und Organisation

Die Abteilung ist in drei Dezernate gegliedert:

- Dezernat 200:
Landschaftsplanung, Eingriffe (fünf Beschäftigte und ein Beschäftigter, der in Boizenburg für das LIFE- Projekt befristet tätig ist);
- Dezernat 210:
Arten- und Biotopschutz, Naturschutzgebiete (vier Beschäftigte);
- Dezernat 220:
Naturschutzgerechte Landnutzung (vier Beschäftigte).

Diese Strukturierung der Abteilung bleibt auch nach der zum 01.11.2003 durchgeführten Umorganisation des Amtes erhalten.

2.1.2 Technische Ausrüstung

Für die Auswertung und Aufbereitung der Daten des Landschaftsinformationssystems (LINFOS Mecklenburg-Vorpommern) steht ein A0-Plotter zur Verfügung. Das Dezernat 220 verfügt zudem über ein neues Satellitennavigationsgerät (GPS).

Das LIFE-Projektbüro in Boizenburg verfügt über einen PC mit Internetzugang, eine Digitalkamera sowie über einen Laptop und Beamer für den mobilen Einsatz und für Präsentationszwecke. Die Finanzmittel stammen hierfür aus den LIFE-Fördermitteln (je 50 % EU- und Landesmittel). Im Dezernat 210 werden PC-Programme zur Artenerfassung (ART-DAT und FLOREIN) bedient, die künftig in das Programm LINFOS Mecklenburg-Vorpommern integriert werden sollen. Für Projekte steht eine Video-Aufzeichnungsanlage zur Verfügung.

2.1.3 Öffentlichkeitsarbeit

Zu den öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten im Jahr 2003 gehörten die Bereitstellung von Daten aus dem LINFOS sowie von Gutachten, Karten und Fachliteratur insbesondere für Planungsbüros, sowie diverse Gespräche mit betroffenen Bürgern und Verbänden im Rahmen der Realisierung des o. g. LIFE-Projektes.

Aufgrund der notwendigen Nachmeldung von FFH-Gebieten sind eine Reihe von Gesprächen mit Vereinen, Gemeinden und Privatpersonen über die fachlichen und rechtlichen Hintergründe geführt worden.

Dabei wurde auch für eine naturverträgliche Nutzung innerhalb von Schutzgebieten geworben und ausführlich über Schutzzinhalte informiert.

Ein Beitrag für das Mecklenburg-Magazin wurde zur allgemeinen FFH-Thematik verfasst und am 15. August veröffentlicht.

Mitarbeiter der Abteilung erarbeiteten in einer Projektgruppe „Wismarbucht“ mit den in dieser Region aktiven Wassersportvereinen vorläufige Verhaltensvorschläge zum Schutz des EU-Vogelschutzgebietes „Küstenlandschaft Wismar-Bucht“. Damit soll eine freiwillige Nutzungsbeschränkung der Wassersportler in der Wismarbucht erreicht werden.

Bereits zum 10. Mal wurde am 02.12.2003 eine Informationsveranstaltung für die innerhalb des Amtsgebietes tätigen ehrenamtlichen Naturschutzmitarbeiter/innen organisiert.

Darüber hinaus wurde am 04. März erstmalig eine gesonderte Zusammenkunft aller NSG-Betreuer des Amtsgebietes organisiert, bei der angeregt über Ziele und konkrete Aufgaben und Probleme der Schutzgebietsbetreuung diskutiert wurde.

Bei der Vergabe von Fördermitteln wurden in den aus Landessicht vorrangig zu berücksichtigenden Regionen oder Einzelgebieten gesonderte Informationsgespräche mit möglichen Antragstellern geführt.

2.1.4 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Abteilung bezieht sich vorwiegend auf die Beteiligung im Rahmen der Stellungnahmen des Hauses als Träger öffentlicher Belange, die rechtliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Verwaltungsvorgängen sowie die Unterstützung im Rahmen der EDV-mäßigen Erfassung und Verwaltung von Vertragsdaten des Förderprogrammes zur naturschutzgerechten Grünlandnutzung.

In der Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Hauses sind die vorrangig durch diese vorzubereitenden Entscheidungen vielfach naturschutzrechtlich zu beurteilen oder zu begleiten. Dabei geht es aus der Sicht der Abteilung insbesondere um:

- Hinweise zur Betroffenheit der originären Zuständigkeiten (Naturschutzgebiete, Eingriffsvorhaben im Küstenbereich und Fördermaßnahmen des Naturschutzes),
- Entscheidungshilfen sowie naturschutzfachliche und –rechtliche Hinweise für die Genehmigungsbehörden zum Umgang mit EU-Vogelschutz- und FFH-Gebieten, Alleen und besonders geschützten Biotopen.

2.2.1 Arbeitsergebnisse 2003 (bis 31.10.03)

- **Dezernat 200:**

Stellungnahmen zu:

Raumordnungsverfahren	8
Planfeststellungsverfahren	45
Umweltverträglichkeitsprüfungen	68
FFH – Vorprüfung	128
Flächennutzungsplänen	25
sonstige Fachstellungnahmen	529
Aktuelle Projekte des Ausgleichsmittelfonds	13
Bewirtschaftung des Alleenfonds:	
Einnahmen	ca. 270 T€
Ausgaben (Pflanzungen, Baumpflege, Schutzstreifen)	ca. 100 T€

Zu den Projekten des Ausgleichsmittelfonds gehören beispielsweise Amphibientunnel bei Grevesmühlen und bei Dömitz, der Umbau ehemaliger

Trafohäuser als Rückzugsquartiere für verschiedene Tierarten und Heckenpflanzungen.

Als besondere und zusätzliche Aufgabe wurde zusammen mit dem Dezernat 210 eine fachliche Auswahl und Überprüfung von Flächen für die Nachmeldung von Schutzgebieten nach der FFH-Richtlinie der EU durchgeführt. Die EU-Kommission hatte im November 2002 festgestellt, dass unter anderem auch Mecklenburg-Vorpommern zu wenige Gebiete zum Schutz europaweit gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräume gemeldet hat. Es wurde unter Androhung von Strafzahlungen und Sperrung von Subventionsgeldern eine Frist bis Anfang 2004 zur Nachmeldung von FFH-Gebieten gesetzt.

Unter Ableistung erheblicher Überstunden beteiligten sich 2 Mitarbeiter der Dezernate 200 und 210 an der Auswahl und Überprüfung der für die Nachmeldung vorgesehenen Gebietsvorschläge.

Insgesamt wurden 31 Gebiete mit einer Gesamtfläche von etwa 30.000 ha erfasst und zum Großteil bezüglich der Lebensraumtypen nachkartiert und bewertet (Abbildungen).

(FFH-Gebietsvorschläge für die Nachmeldung an die EU-Kommission)



Naturnahe Küstenbiotope an der Wismarbucht zeigen zum Beispiel in der Eggerswiek eine typische Zonierung von Lebensraumtypen der Sandküsten



Neustädter See: Ein Badebetrieb muss bei einem geeigneten Management nicht im Widerspruch zu den Zielen der FFH-Richtlinie stehen



Der Sudelauf mit seinen teilweise naturnahen Zuflüssen ist eine der Hauptadern der Biotopvernetzung des südwestmecklenburgischen Sandergebietetes.



Der Vierwald bei Boizenburg an der Elbe weist einen sehr artenreichen und wärmeliebenden Hangschluchtwald sowie bodensaure Buchenwaldbereiche und Biotope der Elbaue auf (Flussuferflur, Weichholzauwald, feuchte Hochstaudenfluren)



Das Hoppenmoor ist eines von zahlreichen Kesselmooren in der Palingener Heide bei Lübeck, nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Neben den Mooren sind hier auch Silbergrasfluren und Sandheiden zu finden.

Die informelle Öffentlichkeitsbeteiligung von Seiten des Umweltministeriums erfolgte vom 15. August bis Ende November 2003. Bei der Abwägung der laufend im Umweltministerium eingehenden Stellungnahmen unterstützen die Mitarbeiter durch Fachbeiträge.

- Dezernat 210:

Stand: 31.10.03

Anzahl der betreuten NSG	51
Fläche (ha)	9130
NSG-Vorgänge gesamt	117
davon NSG-Genehmungsverfahren	49
Fachstellungnahmen	74

Förderanträge/Fördermittel:

a) Biotop- und Artenschutz:

13 Anträge, 8 Bewilligungen, Gesamtsumme: ca. 13.000 €

b) Ertragsausfälle für Schäden durch geschützte Großvogelarten:

11 Anträge, 4 Bewilligungen, Gesamtsumme ca. 8.500,- €

c) Moorschonende Nutzung:

1 Auftrag über ca. 11.000,- €

d) FöRi Moorschutz

Betreuung von 4 durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V bewilligten Projekten (Güritz, Lewitz, Pötenitz, Wohlenberg) sowie 4 Projekten in Vorbereitung (Redentin, Siebendorfer Moor, Die Bank, Polder Neuhof)

Liegenschaften: Anzahl Flurstücke/ Fläche (ha)

121/148

Als besondere Fachaufgaben wurde das Monitoring an der prioritären FFH-Pflanzenart Sand-Silberscharte für das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern sowie ein Projekt zur Wiederansiedlung der Sibirischen Schwertlilie fortgeführt.

In beiden Projekten konnten positive Ergebnisse erzielt werden. So konnte der einzige Standort der Sand-Silberscharte im Naturschutzgebiet „Elbtaldünen bei Klein Schmölen „ gesichert und erstmalig auch Jungpflanzen nachgewiesen werden.



Sand-Silberscharte (*Jurinea cyanoides*)

Die Ansiedlung der Sibirischen Schwertlilie konnte in diesem Jahr abgeschlossen werden. Alle bisher eingepflanzten Exemplare in der Lewitz kamen zur Blüte, so dass die Rückkehr dieses botanischen Juwels aus seinem Exil im Garten eines Hobby-Botanikers als gelungen bezeichnet werden kann. (S. Jahresbericht 2002 sowie im Internet unter www.walterdahnke.de, Rubrik „Naturschutz“)

Ein bedauerlicher Umstand ist dagegen, dass durch Hochwasserschutzmaßnahmen im Naturschutzgebiet „Rüterberg“ eine Pflanzenart (Liegender Ehrenpreis: *Veronica prostrata*) vernichtet wurde, die an dem dortigen Deich ihren einzigen Standort in Mecklenburg-Vorpommern hatte.

• **Dezernat 220:**

Zur weiteren Effektivierung der Verwaltungsarbeit werden seit Mitte diesen Jahres auch die bisher vom Dezernat 210 betreuten Projekte der „Förderrichtlinie Sölle und Kleingewässer“ und der „Vogelrastplatz-Förderrichtlinie“ durch das Dezernat 220 bearbeitet. Somit werden seit diesem Jahr alle EU kofinanzierten Förderprogramme im Naturschutz, für die das Amt die zuständige Bewilligungsbehörde ist, federführend im Dezernat 220 fachlich betreut. Durch die Neueinführung des EDV-Programms „Profil c/s“ ergaben sich in diesem Jahr im Rahmen des bundesweit mit den Ämtern für Landwirtschaft durchzuführenden Flächenabgleiches für alle landwirtschaftlichen Förderflächen besondere Arbeitsbelastungen.

Mit Stand vom 31. Oktober 2003 ist folgendes Fördermittelgeschehen festzuhalten:

Förderprogramm „Naturschutzgerechte Grünlandnutzung“

- Zahl der Anträge:	69
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	76
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	223
- Fördersumme gesamt (EURO/Jahr):	ca. 1.6 Mio.

Förderprogramm „Feldhecken-Randstreifen“

Keine Anträge und keine laufenden Verträge

Förderprogramm „Vogelrastplatz“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.01. bzw. 15.06.2003 :	4
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	1
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	3
- Fördersumme gesamt (EURO/Jahr):	24.000

Förderprogramm „Naturverbundenes Dorf“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.12.2002:	51
- Zahl der Bewilligungen:	17
- Höhe der Bewilligungen (EURO):	360.000

Förderprogramm „Sölle“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.10.2003:	9
- Zahl der Bewilligungen:	3
- Höhe der Bewilligungen (EURO):	82.000

2.2.2 Öffentlichkeitswirksame Vorhaben und Ergebnisse

Die fachliche Begleitung folgender raumbedeutsamer Planungen ist besonders erwähnenswert:

- Planfeststellungsverfahren für die Autobahn A 241 zwischen Cambs und Autobahnkreuz Wismar (3. Bauabschnitt)
- Linienfindung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens für den Bau der A 14 von der A 24 Richtung Magdeburg im Landkreis Ludwigslust
- Linienfindung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens 380 KV-Freileitung Hamburg-Schwerin im Landkreis Ludwigslust
- Beteiligung im Rahmen der Energieleitungsanbindung zum geplanten Off-shore-Windpark Rostock-Bentwisch (SKY 2000)
- Stellungnahmen für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung der thermischen Restabfallbeseitigungsanlage Ludwigslust sowie zu der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage Ihlenberg

Die Erteilung bzw. Versagung von naturschutzrechtlichen Genehmigungen für Bojenliegeplätze in der Wismarbucht ist ein weiterhin öffentlichkeitswirksamer Bereich der naturschutzrechtlichen Genehmigungspraxis.

2.3 LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“

Der Schwerpunkt der Arbeiten bestand in diesem Jahr in der inhaltlichen Bearbeitung und Auseinandersetzung mit den zum Projekt eingereichten Einwendungen sowie mit den auf dem Erörterungstermin erfolgten Vorträgen zu den Einwendungen. Die Erörterung wurde am 21.01.2003 abgeschlossen. Seitdem wird die Stellungnahme für die Planfeststellungsbehörde LUNG M-V vorbereitet.

Am 31.3. und 1.4.2003 haben Vertreter der EU-Kommission, des externen Beraterbüros und des Bundesumweltministeriums das Projekt bereist und sich über den Stand informiert. Die Schwierigkeiten des förmlichen Planfeststellungsverfahrens wurden ebenso erörtert wie der Antrag auf Verlängerung der Projektlaufzeit und der Mittelumstrukturierung. Der Projektänderung wurde durch die Kommission zugestimmt.

Im Rahmen des Flächenankaufes konnten über 150 ha von der BVVG erworben werden. Durch Flächentausch konnten von mehreren Privatbesitzern weitere Flurstücke im Polder eingetauscht werden, so dass der Landesanteil im Polder ca. 85% beträgt. In einer letzten Phase werden noch in diesem Jahr den Flächeneigentümern die Flurstücke im Vorland der Sude innerhalb der Projektgebietsgrenzen besitzen, Angebote unterbreitet.

Zum 1.9.2003 hat einer der beiden Mitarbeiter des LIFE-Projektbüros seinen Dienst beendet und wechselte zum Dezernat Gewässerverwaltung und Hochwasserschutz im Amt. Er wird nach Möglichkeit das Projekt weiterhin unterstützen und begleiten.



Vertreter der EU-Kommission und des externen Beraterbüros
im Gespräch mit einem Bürger aus Blücher zum LIFE-Projekt



Winterlich gefluteter Polder

3. Wasser und Boden

3.1 Allgemeine Angaben

Die Aufgaben der Abteilung Wasser und Boden beziehen sich auf folgende Schwerpunkte:

- die Gewässeraufsicht und den Vollzug der Wassergesetze,
- den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern,
- die Gewässerverwaltung der Gewässer erster Ordnung und den Hochwasser- und Küstenschutz im Bereich der Elbe und Ostsee,
- die Siedlungswasserwirtschaft mit den Bereichen Wasserversorgung und Abwasser und deren Förderung durch Landes- bzw. EU-Mittel,
- den Landesmessdienst mit der Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten einschließlich der Gewässerbeschaffenheit und
- den Bodenschutz und die Freistellung von der Altlastenhaftung.

Darüber hinaus sind insbesondere Regelungen des EU-Rechts zu berücksichtigen, die weitere Anforderungen an die Beschäftigten stellen.

3.1.1 Personal und Organisation (Stand 30.10.2003)

Die Abteilung ist in sieben Dezernate mit zusammen 46 Beschäftigten gegliedert:

- Dezernat 300 – Allgemeine Angelegenheiten (vier Beschäftigte),
- Dezernat 310 – Gewässeraufsicht, Wasserbehördlicher Vollzug (sechs Beschäftigte),
- Dezernat 311 – Zentrale Stelle für Abwasserabgabe/Wasserentnahme-Entgelt (fünf Beschäftigte),
- Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Küsten- und Hochwasserschutz (15 Beschäftigte, davon sechs Arbeiter und 3 befristete Stellen),
- Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft (sechs Beschäftigte),
- Dezernat 340 – Gewässerkundlicher Landesmessdienst (sieben Beschäftigte),
- Dezernat 350 – Bodenschutz und Altlasten (drei Beschäftigte).

Mit der Umorganisation des Amtes reduzierte sich auch die Anzahl der Dezernate. Die Dezernate 300 und 350 wurden in das Dezernat 310 integriert.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen Abteilungsleiters, Herrn Vierhuff, wird die Abteilung z.Zt. kommissarisch durch den Dezernenten 310, Herrn Seefeldt, geleitet.

3.1.2 Technische Ausrüstung

- Fernüberwachungsanlagen

Bestandteil der Hochwasserschutzsysteme an der Elbe sind die Fernüberwachungsanlagen in den Stützpunkten Boizenburg und Dömitz. Mit diesen Anlagen wird der Betrieb der Schöpfwerke und weiterer wichtiger wasserwirtschaftlicher Anlagen fernüberwacht. Wasserstände, Pumpmengen, Störungen sowie weitere Daten werden übertragen und mit Hilfe von Computern aufbereitet. Die Daten werden gebündelt und stehen für eine Fernabfrage zur Verfügung.

- PC-Arbeitsplätze, Spezielle Software

In der Abteilung sind umfangreiche Datenmengen, insbesondere im Rahmen des Gewässerkundlichen Landesdienstes zu verwalten. Das bedarf zur effizienten Verarbeitung und Nutzung der Daten der Ausstattung aller Arbeitsplätze mit Personalcomputern. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen auch fachspezifische Anwendungen, wie LOWO, OWO, DHA, HYDRAS 3, PEGUS, IMKWIN, WAB und NIBA zur Verfügung. Zur Unterstützung der Vorsorgeplanung und der Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf der Ostsee wird ein von den Küstenländern gemeinsam entwickeltes Management-Programm (VPS) benutzt. Für die Abwasserabgabe wird ein hierfür geschaffenes Datenverarbeitungsprogramm verwendet, über das alle Wasserbehörden in M-V verfügen. Insgesamt sind 39 Arbeitsplätze mit einem PC ausgerüstet.

3.1.3 Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Vorbereitung und Durchführung von Pressegesprächen bzw. Presseinformationen zu aktuellen Ereignissen wie Extremsituationen (Hochwasser an der Elbe und an der Ostsee), Übergabe von wasserwirtschaftlichen Anlagen, Deichschauen (Hochwasserschutzdeiche im Einzugsgebiet der Elbe),
- Herausgabe von Informationsblättern zu wasserwirtschaftlichen Themen, zuletzt zum Sommerhochwasser 2002,
- Vorbereitung und Mitwirkung bei Veranstaltungen zum Tag der Umwelt,
- Mitwirkung bei der Betreuung des Standes des Umweltministeriums auf der IGA in Rostock
- Vorträge vor Schulklassen zu aktuellen wasserwirtschaftlichen Themen,
- Vorträge zum Hochwasserschutz Elbe, Sturmflutschutz Boltenhagen,
- Führungen an Anlagen des Hochwasserschutzes
- Informationsveranstaltungen bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden und Kommunen sowie den Wasser- und Bodenverbänden.

3.2 Arbeitsergebnisse

3.2.1 Dezernat 300

3.2.1.1 Grundsätzliche Angelegenheiten

Auch im Jahre 2003 wurden zu besonderen Schwerpunktvorhaben Entscheidungen vorbereitet, wie zum Beispiel zum

- Hochwasserschutzsystem Elbe
- Hochwasserschutz Hafen Boizenburg, Nördlicher Bereich 3. BA Teil 2
- Sicherung Hochwasserabfluss im Entwässerungssystem Ostorfer See/Burgsee/Schlossgarten
- Januarhochwasser 2003

3.2.1.2 Planfeststellungsverfahren / förmliche Verfahren

Bei durchzuführenden Planfeststellungsverfahren und förmlichen Verfahren ist gemäß § 108 Landeswassergesetz Mecklenburg-Vorpommern das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (StAUN) als Anhörungsbehörde tätig. Erweitert wurde dieses Arbeitsgebiet durch sonstige wirtschaftliche Planungen gemäß § 131 LWaG Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere mit der Durchführung eines Verfahrens mit Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit für die wasserwirtschaftliche Fachplanung „Konzeption Hochwasserschutz Elbe“.

- Planfeststellungsverfahren

Mit dem Abschluss der Planfeststellung für das Bauvorhaben „Bau und Sanierung der Ringdeiche Gülze und Bandekow, 3. und 4. Bauabschnitt“ war für die Realisierung des Hochwasserschutzes Elbe 2003 eine verbindliche Arbeitsgrundlage vorhanden. Erweiterte Zuarbeiten zum Planfeststellungsbeschluss wurden bei Bedarf abgedeckt.

Die auf der Grundlage des Sommerhochwassers 2002 erarbeitete „Konzeption Hochwasser-schutz Elbe“ wurde mit dem Verfahren der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit in den betroffenen Gemeinden begonnen. Die Einwendungen und Hinweise zur „Konzeption Hochwasserschutz Elbe“ werden nach Abstimmung mit dem Fachdezernat abgewogen und an das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Vorgesehen ist, eine Rechtsverordnung zu erlassen.

- Förmliche Verfahren

Folgende Verwaltungsverfahren wurden bearbeitet:

- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Dorf Mecklenburg im Landkreis Nordwestmecklenburg
- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Meierstorf im Landkreis Nordwestmecklenburg

Die Bearbeitung der vorgenannten Verfahren erfolgte unter Berücksichtigung der Anforderungen des Erlasses des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 19.06.1995. Für beide Trinkwasserschutzgebiete wurde die fachliche Vorprüfung durchgeführt, die Bekanntmachung und öffentliche Auslegung vorbereitet und mit der Aufbereitung der Einwende und Stellungnahmen begonnen.

3.2.1.3 Angelegenheiten des Vergabewesens

Auf der Grundlage der VOB/A wurden folgende Vorhaben zur Ausschreibung und bis zur Auftragserteilung vorbereitet und begleitet:

Investive Maßnahmen:

- Ringdeiche Gülze-Bandekow – 3. BA (Bandekow)
- Ringdeiche Gülze-Bandekow – 4. BA (Gülze)
- Sofortmaßnahme Hochwasserschutz 2002 (Sicherung Schöpfwerk Horst)
- Hochwasserschutz Hafen Boizenburg, 3. BA (nördlicher Teil) Teilvorhaben 2
- Sanierung rechter Löcknitzdeich von Straße Heidhof bis B 191
- Rüterberger Deich
- Brodaer Deich
- Tiefenwasserentnahme Tressower See.

Die Ausschreibung nach VOB/A wurden vorbereitet, veröffentlicht, die Submission durchgeführt, die Vollständigkeit der Angebote kontrolliert und über die Erarbeitung eines Preisspiegels der Vergabevorschlag vorbereitet. Nach Durchführung eines Bietergespräches wurde nach Abstimmung mit dem Fachdezernat der Auftrag innerhalb der Zuschlagsfrist erteilt.

Unterhaltungsmaßnahmen:

- Unterhaltung von Landesschutzdeichen im Raum Dömitz und Boizenburg
- Reparaturverglasung Schöpfwerk Horst
- Reparatur Schöpfwerk Floßgraben
- Verlagerung Stützpunkt Grevesmühlen (Umsetzung Carport)
- Reparatur Verglasung Schöpfwerk Besitz
- Unterhaltung Gewässer/Deiche/ Dünen im Landkreis Nordwestmecklenburg
- Erneuerung Rasenansaat Elbedeich Dömitz
- Unterhaltung Gewässerbereich Boizenburg
- Unterhaltung Gewässer und Deich Bereich Dömitz
- Böschungsverbau Sude-Redefin
- Uferaufhöhung Mühlenbach Wismar
- Fassadensanierung Schöpfwerk Mahnkenwerder
- Betonsanierung und Korrosionsschutz Ferbersiel
- Böschungsverbau Sudestation 6 + 10
- Kilometrierung rechter Sudedeich Besitz
- Reparatur Schöpfwerk Boizenburg
- Erneuerung Stemmtore Deichsiel Thiel

Für die Baumaßnahme „Linker Deich am Brahlstorfer Bach“ wurde auf Grund der Dringlichkeit eine beschränkte Ausschreibung nach VOB/A durchgeführt.

Als Vergabeprüfstelle für die Wasser- und Bodenverbände erfolgte die Prüfung von 14 eingereichten Ausschreibungsunterlagen zu den Vorhaben im Rahmen der Projektförderung.

3.2.1.4 Förderung Nichtstaatlicher Wasserbau (Wasser- und Bodenverbände)

Auf Grund der Neustrukturierung der Fördermittelvergabe nimmt die Abteilung die fachliche Umsetzung und Begleitung der Fördermittelanträge wahr. Durch die Fachabteilung wurde Einfluss auf die Qualität und auf die termingemäße Stellung der Erstanträge und der Realisierungsanträge genommen. Auf Grund der verhältnismäßig späten Bestätigung des Haushaltsplanes 2003 in Mecklenburg-Vorpommern wurde die verbindliche Ausreichung der Fördermittel für die Unterhaltung sehr verzögert.

Die Förderung der Wasser- und Bodenverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts erstreckt sich auf dem Gebiet der Gewässerunterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und investive Maßnahmen im Rahmen des nichtstaatlichen Wasserbaus. Das Aufgabengebiet umfasst die fachtechnische Betreuung und die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien zur Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben (FöRiWas – korrigierte Fassung – vom 08.10.1997) des Umweltministeriums und die Umsetzung der Förderrichtlinien gemäß Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2002 – 2005 entsprechend den „Grundsätzen für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen“ nach dieser Richtlinie. Dabei ist gemäß FöRiWas des Umweltministeriums die Fördermittelantragstellung zu bearbeiten und in enger Abstimmung mit der Allgemeinen Abteilung die Projektliste für das Folgejahr vorzubereiten.

Fachtechnisch werden durch die Wasser- und Bodenverbände zahlreiche Anforderungen hinsichtlich Vergabewesen, fachtechnischer Stellungnahmen zur Schadensereignissen, Eingliederungsstatus Gewässer zweiter Ordnung, Refinanzierung von Investitionen an Gewässern, Gewässerschauen vor Ort, Baukontrollen und Bauabnahmen gestellt. Diese Aufgabe erfordert eine intensive Zusammenarbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden in allen aufkommenden Fachfragen und trägt zu einer effektiven Arbeit der Wasser- und Bodenverbände im Amtsbereich bei. Hinzu kommen erhöhte Anforderungen, die sich aus der Förderung über den sogenannten EAGFL-Fonds ergeben, wie verstärkte Baukontrollen, Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips, erweiterte Belegführung. Zur Verbesserung der Arbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden im Amtsbereich wurden am 25.03. und 30.09.2003 Arbeitsberatungen durchgeführt. Dabei wurden anstehende Fragen der praktischen Arbeit im Fördermittelbereich beraten, Modalitäten für die Abrechnung und die Verwendungsnachweisführung abgestimmt. Außerdem wurden aktuelle Fragestellungen aus dem Bereich der Vergabe nach dem Wertgrenzenerlass, zu Unterhaltungsplänen, zu der Abrechnung und Nachweisführung der Bauhöfe sowie zu Zeitverträgen beraten. Informiert wurde über die in Bearbeitung befindliche Novellierung des Landeswassergesetzes M-V.

Die Wasser- und Bodenverbände des Amtsbereiches erhielten im Rahmen der Förderung für die Unterhaltungskosten an Gewässern, Deichen und Anlagen sowie für die Betriebskosten an Schöpfwerken Fördermittel in Höhe von 649.240 €.

3.2.1.5 Rufbereitschaft, Anti-Havarietraining

Die Organisation der Rufbereitschaft zur Abwehr von besonderen Gefahrenlagen aus der Hochwasserentwicklung Elbe/Ostsee bzw. der Ölschadensbekämpfung bei

Havariefällen an den Gewässern erster Ordnung wurde anhand der Vorgaben des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Durch das Dezernat 300 erfolgte die ständige Aktualisierung des Rufbereitschaftsplanes und die Einordnung der sonstigen Informationsmaterialien in den Bereitschaftskoffer. Zum Rufbereitschaftsdienst wurden alle verfügbaren Mitarbeiter der Abteilung herangezogen. In Folge der strukturellen Änderung in der Abteilung (Ausscheidung von Mitarbeitern) machte sich eine Erweiterung des Teilnehmerkreises für die Rufbereitschaft erforderlich.

Um eine aktuelle Einführung zur Rufbereitschaft für die neuen Teilnehmer zu gewährleisten und gleichzeitig aktuelle Veränderungen zu vermitteln, wurde am 25.09.2003 eine Informationsveranstaltung zur Rufbereitschaft durchgeführt. Auf dieser Schulungsveranstaltung wurde über aktuelle Rechtsgrundlagen, die Aufgaben des Diensthabenden, die Organisation der Rufbereitschaft, die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Gefahrenabwehr, den Hochwassermeldedienst der Ostsee und das Havarie-Kommando Cuxhaven informiert.

Die Rufbereitschaft beinhaltet

- Organisation der Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf der Ostsee,
- Mitwirkung bei der Bekämpfung von wassergefährdenden Stoffen auf den Gewässern erster Ordnung, insbesondere der Elbe,
- die Auslösung von Maßnahmen zur Abwehr von Gefahrenanlagen durch Hochwasserereignisse in der Ostsee.

Für das Antihavarietraining wurden die Handlungsdokumente laufend gehalten und aktualisiert.

Dies umfasst insbesondere:

- Information über den Jahresübungs- und Schulungspläne (JÜSP) der Sonderstellen des Bundes- und der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen,
- Abstimmung der logistischen und kommunikativen Voraussetzungen für die Gefahrenabwehr mit den unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust und Nordwestmecklenburg sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar,
- Information über neue Aspekte der Gefahrenabwehr aus der Arbeit der IKSE und der Arbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE),
- Mitwirkung bei der Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements,
- Abstimmung der Meldewege für Havarien mit wassergefährdenden Stoffen nach den Vorgaben der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) und

Zur Verbesserung des Ausbildungsstandes hinsichtlich Unfallmanagement nahmen zwei Mitarbeiter an einem 1-tägigen Lehrgang zur Arbeit mit dem computergestützten Programm „Vorsorgeplanung Schadstoffunfallbekämpfung (VPS)“ teil.

3.2.2 Dezernat 310 – Gewässeraufsicht und wasserbehördlicher Vollzug

3.2.2.1 Wasserbehördlicher Vollzug

Für 40 Gewässerbenutzungen wurden wasserrechtlichen Erlaubnisse erteilt. Darunter waren zum Beispiel die für die erweiterte Kläranlage in Neu Kaliß und, mehrere Einleitungen von Abwasser aus biologischen Kleinkläranlagen sowie mehrere Niederschlagswassereinleitungen. Einige wasserrechtliche Entscheidungen (z. B. KA Wismar, Fahlenkamp) waren an inzwischen veränderte Einleitverhältnisse anzupassen. 8 Indirekteinleiter für industrielles oder gewerbliches Abwasser erhielten die Genehmigung zur Ableitung in die öffentliche Kanalisation.

Unter den sonstigen Genehmigungen waren u.a. solche zur Lagerung wassergefährdender Stoffe in Hochwassergebieten und Deichvorländern (Heizanlagen für Eigenheime), Genehmigungen für Anlagen an der Küste und Einzelgenehmigungen zur Befahrung von bestimmten Gewässern mit Motorbooten.

18 Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen an die Bauordnungsbehörde für Bauwerke an Gewässern wurden erteilt. Diese betrafen insbesondere Steg- und Bootsanleger, sonstige Bauwerke, Brücken, sowie Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern erster Ordnung.

3.2.2.2 Stellungnahmen als technische Fachbehörde

Für die unteren Wasserbehörden bei den Landräten, Bürgermeistern der kreisfreien Städte sowie für das Umweltministerium, für Zweckverbände und private Vorhabensträger sind 225 fachtechnische Stellungnahmen erarbeitet worden. Schwerpunkte waren:

- Gewässerbenutzungen an Gewässern zweiter Ordnung und Benutzungen des Grundwassers,
- Vorhaben, die Auswirkungen auf das Grundwasser haben können, z. B. Erdwärmesonden,
- Beurteilung von bestehenden oder beabsichtigten Nutzungen in Trinkwasserschutzgebieten (TWSG), zum Beispiel TWSG Ortkrug, Dassow-Prieschendorf, Wotenitz, Meiersdorf, Walsmühlen, Groß-Brütz,
- Vorbereitung der Aufhebung von 45 nicht mehr benötigten TWSG in den Landkreis Ludwigslust und Nordwestmecklenburg,
- Anpassung der TWSG-Unterlagen an die aktuellen Fachvorschriften, insbesondere WF Dorf Mecklenburg, WF Walsmühlen, WF Perlin, WF Klein Trebbow, WF Dassow-Prieschendorf, WF Wotenitz, WF Klütz,
- Mitwirkung bei der Erkundung und Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen infolge des Umganges mit wassergefährdenden Stoffen, z. B. bei ehemaligen Tankstellen- bzw. Tanklagerstandorten in

- Rodenwalde, Boddin, Gresse, Friedrichsmoor sowie bei ehemaligen Gewerbebetrieben in Schwerin, Wismar, Hagenow und Ludwigslust,
- Mitwirkung in Verfahren aufgrund des Bundesimmissionsschutzgesetzes, z. B. thermische Abfallverwertung Ludwigslust.
 - Prüfung der von den abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften vorgelegten Abwasserkonzepte bzw. deren Fortschreibungen, z. B. ZV Sude-Schaale, ZV Radegast, Stadt Boizenburg, Gemeinde Wittendörp, Beratung der Gemeinden und Zweckverbände in konzeptionellen Angelegenheiten und zu Fragen bei der Abwasserbeseitigungspflicht,
 - Beteiligungen in bergrechtlichen Verfahren, insbesondere bei der Gewinnung von Kiessand, Erteilung des Einvernehmens nach § 109 LWaG für Kiessandentnahmen unter Herstellung eines Gewässers (z. B. Tagebaue Karstädt, Pinnowhof und Perdöhl),
 - Bewertung von über 37 Grundwasseruntersuchungsprogrammen, Kontrollbegehungen von Kiessandabbauf Flächen z. B. in Zarrentin, Möllin, Roggenstorf, Charlottenfelde, Tarzow.
 - Fachtechnische Begleitung von vier Torfabbauvorhaben und Vorhaben des Moorschutzprogramms M-V,

3.2.2.3 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange

Für 246 Stellungnahmen des Amtes in der Funktion als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde erfolgte eine Zuarbeit aus wasserwirtschaftlicher und bodenschutz-rechtlicher Sicht. Neben zahlreichen Einzelvorhaben sind vor allem folgende Beispiele zu nennen:

- Flächennutzungspläne oder deren Änderungen waren z. B. zu beurteilen für Dassow, Wismar, Glasin, Wöbbelin, Plüschow, Kalkhorst, Boizenburg, Ludwigslust, Rehna, Gammelín, Boltenhagen,
- Bebauungspläne wurden zum Beispiel vorgelegt von den Städten und Gemeinden Klütz, Schönberg, Boltenhagen, Gadebusch, Zarrentin, Rütíng, Lüdersdorf, Metelsdorf, Valluhn, Arpshagen, Dechow, Campow, Boizenburg, Ludwigslust, Dümmer, Schönberg,
- Bodenneuordnungsverfahren,
- Andere Planungsrechtliche Verfahren.
Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (Ausbau von Bundesfernstraßen (z. B. Ortsumfahrung Schwerin und Ortsumfahrung Pampow).

3.2.2.4 Gewässeraufsicht und Störfälle

200 Gewässerkontrollen wurden von den Mitarbeitern durchgeführt. Darin eingeschlossen ist die Überwachung und Abnahme baulicher Anlagen, z. B. Kleinkläranlagen einschließlich deren Einleitungsbauwerken und Anlagen zur Vorbehandlung von Abwasser. Ferner sind im Rahmen der Zuwendung von Fördermitteln für siedlungswasserwirtschaftliche Vorhaben in 66 Fällen Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt worden.

13 Störfälle ereigneten sich insbesondere auf den Bundeswasserstraßen Elbe und Ostsee und anderen Gewässern. Die Aufklärung erfolgte im engen Zusammenwirken mit anderen Ordnungsbehörden. In den meisten Fällen waren die Gewässerverunreinigungen auf ausgetretenes Öl und landwirtschaftliche Abprodukte, sowie häusliche Abwässer zurückzuführen. Bei den durchgeführten Ermittlungen wurde festgestellt, dass es in keinem Fall zu schwerwiegenden und nachhaltigen Schäden an Gewässern gekommen war. Eine Bekämpfung war wegen der geringen Mengen ausgetretener wassergefährdender Stoffe nicht möglich oder nicht erforderlich. In Folge der lang anhaltenden hohen Temperaturen im Sommer kam es wegen Sauerstoffmangels im Wasser zu einigen örtlich und im Umfang begrenzten Fischsterben im Unterlauf rückgestauter Gewässerabschnitte.

3.2.2.5 Vorsorgeplanung Schadstoffunfallbekämpfung auf der Ostsee

In diesem Jahr nahm das StAUN Schwerin am 6. September an einer gemeinsam von dem Havariekommando und den Küstenländern sowie dem technischen Hilfswerk veranstalteten Stabsrahmenübung im Wangerland teil. Vertreter von Wasserbehörden und technische Helfer übten das Führen von Einsatzkräften für den Fall einer Schiffshavarie auf der Nordsee und die im küstennahen Bereich zu veranlassende Reinigungsarbeiten an den Stränden. Eine Kombiübung auf der Insel Usedom, in der gemeinsam mit dem Bund zugleich die Ölaufnahme auf See und an Land geübt wurde, besuchten Mitarbeiter des Dezernates 310 als Beobachter.

3.2.2.6 Behördliche Überwachung von Abwassereinleitungen

Dem Dezernat 310 obliegt die Überwachung von 120 Abwassereinleitungen, eingebunden sind 3 Labore. Hierzu sind Verträge mit staatlich anerkannten Untersuchungsstellen abgeschlossen und Überwachungsaufträge erteilt worden. Die Überwachungsprogramme und -ergebnisse waren zu kontrollieren. Soweit es zu Überschreitungen von Überwachungswerten kam, waren ordnungsrechtliche Maßnahmen zu prüfen oder, bei Gewässern zweiter Ordnung, die zuständige Wasserbehörde zu informieren. Die Kosten der Überwachung waren den Abwassereinleitern aufzuerlegen. Hierzu sind 330 Kostenfestsetzungsbescheide erstellt worden.

3.2.3 Zentrale Stelle Abwasserabgabe / Wasserentnahmeentgelt (ZStAbwAg/WEE)

3.2.3.1 Aufgaben der ZStAbwAg/WEE

Der Zuständigkeitsbereich der ZStAbwAg/WEE umfasst das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern. Die Aufgaben der ZStAbwAg/WEE werden durch fünf Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Dezernat 311 wahrgenommen. Zuständige Behörden für die Durchführung des Abwasserabgabengesetzes sowie des Ausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zum Abwasserabgabengesetz sind gemäß § 13 Abs. 1 die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur bei Einleitungen in Gewässer erster Ordnung. Für die StÄUN Rostock, Neubrandenburg, Stralsund, Ueckermünde und Lüz werden die Festsetzungsbescheide zur Erhebung der Abwasserabgabe durch die ZStAbwAg/WEE vorbereitet. Bei Gewässern zweiter Ordnung und Kleineinleitungen nehmen die Landräte und Bürgermeister (Oberbürgermeister) der kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden die Abgabenerhebung vor. Ebenfalls werden durch die ZStAbwAg/WEE die Festsetzungsbescheide zur Erhebung des Wasserentnahmeentgeltes gemäß § 16 Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die weiteren StÄUN vorbereitet.

3.2.3.2 Festsetzung der Abwasserabgabe

StÄUN Schwerin (in eigener Zuständigkeit)

Für das Einleiten von Abwasser in ein oberirdisches Gewässer oder in das Grundwasser ist eine Abgabe zu entrichten. Die Abwasserabgabe soll zur Reinhaltung der Gewässer beitragen. Die Höhe der festgesetzten Abwasserabgabe im Jahr 2003 für Einleitungen in Gewässer erster Ordnung beläuft sich auf 311.578 Euro. Aufgrund von umfangreichen Verrechnungsmöglichkeiten konnte eine Summe in Höhe von 276.743,00 Euro mit getätigten Investitionen verrechnet werden.

Ein Beispiel hierfür:

Die Hansestadt Wismar führte die Erschließung Greaser Weg und Schnakenberg fort. Es wurden bestehende Kleinkläranlagen abgelöst und diese Grundstücke an die öffentliche Kanalisation angeschlossen. Somit konnte die Hansestadt Wismar die geschuldete Abwasserabgabe gegen die entstandenen Aufwendungen aus der oben genannten Erschließungsmaßnahme des Veranlagungsjahres 2002 verrechnen. Von der festgesetzten Abwasserabgabe in Höhe von 226.160,00 € konnte die Hansestadt Wismar 216.695,00 € verrechnen. Die Differenz in Höhe von 9.464,00 € konnte auf Grund der nicht verrechenbaren Anteile der Abwasserabgabe nicht anerkannt werden.

Das Abwasserabgabengesetz ermöglicht dem Abgabepflichtigen gegenüber der zuständigen Behörde zu erklären, dass er im Veranlagungszeitraum, der nicht kürzer als drei Monate sein darf, einen niedrigeren Wert als den im Bescheid festgelegten Überwachungswert oder eine geringere als die im Bescheid festgelegte Abwassermenge einhalten kann. Die Einhaltung des erklärten Wertes ist

entsprechend den Festlegungen des Bescheides für den Überwachungs-wert durch ein behördlich zugelassenes Messprogramm nachzuweisen.

Wird die Einhaltung des erklärten Wertes im Rahmen des zugelassenen Messprogramms nachgewiesen, wird dies der Abgabeberechnung zugrunde gelegt. Im Ergebnis kann für den Abgabepflichtigen u.U. eine geringere Abwasserabgabe festgesetzt werden.

Insgesamt wurden 51 Messprogramme im Veranlagungsjahr 2003 für Gewässer II. Ordnung zugelassen und im vergleichbaren Umfang ebenfalls für das Veranlagungsjahr 2002 ausgewertet.

Vorbereitung der Festsetzungsbescheide für die STÄUN Rostock, Stralsund, Lüz und Neubrandenburg

Für die in der Überschrift genannten Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur werden die Festsetzungsbescheide der Abwasserabgabe entsprechend der folgenden Tabelle vorbereitet :

STAUN	festgesetzte Abwasserabgabe in Euro (entsprechend den durchgeführten Anhörungsverfahren)
Rostock	347.951,00
Stralsund	432.985,00
Lüz	53.349,00
Neubrandenburg	216.593,00

Anzumerken ist, dass teilweise noch Festsetzungsbescheide bis ins Veranlagungsjahr 1997 rückwirkend vorbereitet werden mussten. Das StÄUN Ueckermünde hat in diesem Jahr seine Festsetzungen der Erhebung der Abwasserabgabe selbst durchgeführt, ohne die Vorbereitung durch die ZStAbwAg/WEE in Anspruch zu nehmen. Mit dem derzeitigen Organisationserlass des Umweltministerium vom 28.08.2001 (Az. X 300a-0121) entsteht ein unverhältnishoher Verwaltungsaufwand in der Abstimmung der Ausgangsdaten zur Erhebung der Abwasserabgabe. Dies sollte im kommenden Jahr durch eine Neustrukturierung der Zuständigkeiten (Änderung der Zuständigkeit im Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz) geändert werden.

3.2.3.3 Bearbeitung von Erstattungsanträgen

Erstattungsanträge im Sinne des § 10 Abs. 3 AbwAG beinhalten einen Anspruch des Abgabepflichtigen auf Rückzahlung bereits gezahlter Abwasserabgabe, wenn dieser z.B. eine Abwasserbehandlungsanlage errichtet oder erweitert oder das Abwasser einer vorhandenen Einleitung einer Abwasserbehandlungsanlage zuführt, die den Anforderungen des § 18b Wasserhaushaltsgesetz (WHG) entspricht oder angepasst wird. Die Bearbeitung umfasst die sachliche und rechnerische Prüfung. Im Jahr 2003 wurden 13 Erstattungsanträge nach § 10 Abs. 3 - 5 AbwAG gestellt und abgearbeitet. Eine Erstattung gegenüber den Abgabepflichtigen erfolgte in Höhe

von 267.833,47 €. Geprüft wird gegenwärtig ein Erstattungsanspruch der Hansestadt Stralsund in Höhe von ca. 446.000,00 €.

3.2.3.4 Festsetzung der Kosten für entstandenen Verwaltungsaufwand bei den Landräten der Landkreise bzw. Oberbürgermeistern/ Bürgermeister der kreisfreien Städte

Der durch den Vollzug des LWaG, des AbwAG und des Ausführungsgesetzes (AbwAG M-V) entstandene Verwaltungsaufwand wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe bzw. Wasserentnahmeentgelt gedeckt. Die Erstattung des Verwaltungsaufwandes erfolgt auf Antrag gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten. Insgesamt wurden im Jahr 2003 52 Anträge zur Erstattung des Verwaltungsaufwandes Vollzug AbwAG/WEE gestellt, davon sind bereits 40 Anträge abschließend bearbeitet worden. Es wurde in Höhe von 299.702,00 € Verwaltungsaufwand gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten erstattet. Erstmals konnte das neue Modul – Erstattung Verwaltungsaufwand, Bereich Abwasserabgabe – in der Praxis angewendet werden. Die aufgetretenen Anwendungsprobleme werden im Jahr 2004 weiter korrigiert.

3.2.3.5 Betreuung der Hard- und Software „Berechnung der Abwasserabgabe „

18 PC-Arbeitsplätze werden bei den unteren Wasserbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte und 6 PC-Arbeitsplätze bei den StÄUN betreut. Günstig hat sich dabei der zunehmende Vernetztheitsgrad der PC-Technik ausgewirkt.

Im Jahr 2003 wurde die Version 4.0 als Weiterentwicklung des bestehenden Softwareprogramms „Abwasserabgabe Mecklenburg-Vorpommern“ getestet. Die Einführung der Version 4.0 „Abwasserabgabe Mecklenburg-Vorpommern“ erfolgt jedoch erst im kommenden Jahr.

3.2.3.6 Amtshilfeverfahren

Im Jahr 2003 wurde die ZStAbwAg/WEE im Rahmen von 9 Amtshilfeverfahren tätig. Hierbei handelte es sich um Festsetzungsverfahren zur Ermittlung der Höhe der geschuldeten Abwasserabgabe. Die Aufgabe der ZStAbwAg/WEE bestand darin die unteren Wasserbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte im Festsetzungsverfahren zu begleiten.

3.2.3.7 Stellungnahmen im Rahmen von Widerspruchsverfahren, Klageverfahren

Das Umweltministerium M-V hat in einzelnen Widerspruchsverfahren Stellungnahmen von der ZStAbwAg/WEE angefordert. So wurden im Kalenderjahr drei Stellungnahmen abgegeben.

Einnahmen aus der Erhebung der Abwasserabgabe und des Wasserentnahmeentgeltes werden nach Abzug des Verwaltungsaufwandes im Rahmen der Zweckbindung nach § 13 des Ausführungsgesetzes zum

Abwasserabgabengesetz verwendet. Die Bewirtschaftung des Abgabeaufkommen obliegt dem Umweltministerium.

3.2.4 Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Hochwasser- und Küstenschutz

3.2.4.1 Kennziffern

Der Unterhaltungslast unterliegen folgende landeseigene Anlagen:

- Landesschutzdeiche, Gewässer erster Ordnung und wasserwirtschaftliche Anlagen
 - Landesschutzdeiche (km) 158,2
 - Gewässer erster Ordnung (km) 208,1
 - Wasserwirtschaftliche Anlagen (Anzahl) 102
 - davon: Schöpfwerke 11
 - Wehre 42
 - Talsperren 1
 - sonstige Hochwasserschutzanlagen 48
- Küstenschutzanlagen
 - Küstenschutzdeiche (km) 2,4
 - Buhnen (Anzahl) 17
 - Hochwasserschutzdünen (km) 4,8
 - Küstendeckwerk (km) 1,7
 - Küstenschutzwald (ha) 28,7

Das Amt hat einschließlich der Insel Poel insgesamt eine Küstenlänge von 132,2 km zu betreuen.

Von der Elbe und deren Rückstau in die Nebenflüssen wird unmittelbar ein Gebiet beeinflusst, dass unterschieden wird in:

- ungeschütztes Überschwemmungsgebiet mit 12.189 ha,
- teilgeschützte Flächen (Flut- und Sommerpolder) mit 2.763 ha,
- hauptdeichgeschützte Flächen mit 10.180 ha

Das Gesamtschadenspotential im Hochwassergefährdungsgebiet der Elbe beträgt ca. 350 Mio. EUR.

Zur Bestimmung der Wasserstände, Abflussmengen und der Belastung des Wassers werden

- 47 Pegel,
- 109 Grundwassermessstellen und
- 78 Gütemessstationen

betrieben. Das landeseigene Anlagevermögen beträgt ca. 285 Millionen EUR.

Haushaltsinanspruchnahme (Angaben in TEUR)

	Inanspruchnahme 2002	Planansatz 2003	voraus. Ist 31.12.2003
Staatlicher Wasserbau	4.015	3.409	3.649
Aufbauhilfsfonds Bau Hochwasser Elbe	987	0	1.273
Technische Vorplanung Wasserbau	212	410	218
Aufbauhilfsfonds Technische Vorplanung HW Elbe	-	0	242
Küstenschutz	1.314	90	160
Technische Vorplanung Küstenschutz	19	0	0
Unterhaltung staatlicher Wasserbau	865	1.125	913
Energie	228	150	102
Hochwasserschäden Elbe	266	0	0
Gesamt:	7.906	5.184	6.557

Im Laufe des Haushaltsjahres wurden Mittel aus dem Aufbauhilfsfonds des Bundes und der Länder bereitgestellt. Für die Titel der Unterhaltung erfolgte eine Kürzung auf 90 % des Haushaltsansatzes.

3.2.4.2 Unterhaltung

Die jährlichen Arbeiten der Deichmahd und Gewässerkrautung werden in mehreren Teilaufträgen ausgeführt. Die Deiche werden zweimal jährlich gemäht, das Mähgut entsorgt. Mit Schäfereien bestehen Verträge zur Schafhutung auf den Deichen, teilweise einschließlich der Deichpflege. Die Sohlen und Böschungen der Gewässer werden meist einmal im Jahr gekrautet bzw. gemäht, auf einigen Abschnitten sind zwei Schnitte erforderlich. Wechselweise werden Teilbereiche aus ökologischen Gründen von der Krautung und Mahd ausgenommen.

Da der Böschungsabtrag in der Sude oberhalb von Mahnkenwerder den Deich des Flutpolders Gothmann-Bandekow gefährdete, erfolgte eine Böschungsstabilisierung mit Schotter/ Maschendraht-Paketen. Die Fassade des Schöpfwerkes Mahnkenwerder wurde saniert. Beton- und Korrosionsschutzarbeiten erfolgten am Färberdeichsiel. Das Siel Thielsche Schleuse erhielt ein neues Stemmter. An der Talsperre Farpen wurden die Beton- und Korrosionsschutzarbeiten am Entnahmebauwerk abgeschlossen. Die Deichkilometrierung wurde fortgesetzt.

Der Bisamfang durch 4 private Fänger wurde in Gebieten fortgesetzt, in denen die Sicherheit der Deiche durch Bisambauten gefährdet werden kann. Der Fang entspricht mit etwa 800 Tieren in etwa dem des Vorjahres.

Auf den Frühjahrs- und Herbstdeichschau an der Elbe und im Rahmen der Küstenbereisung konnte durch die etwa 120 Teilnehmer ein ordnungsgemäßer Unterhaltungszustand der wasserwirtschaftlichen Anlagen, Gewässer, Deiche und Dünen bestätigt werden.

3.2.4.3 Staatlicher Wasserbau

Ein Jahr nach der Elbeflut vom August 2002 wurden mehrere Hochwasserschutzmaßnahmen realisiert, die sich als Schwachpunkte im Hochwasserschutzsystem erwiesen hatten.

Die Maßnahme Bau des Rüterberger Deiches wurde im August 2003 abgenommen. Die Maßnahme war gemäß dem Hochwasserschutz-Konzept Elbe und deren Rückstaugebiete erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen. Vor dem Durchgang der Hochwasserwelle im August 2002 war vorsorglich eine Verwallung aus Kiessand und einer Abdeckung aus Folie mit Sandsacksicherung zum Schutz der Waldfriedensiedlung von Rüterberg gebaut worden. Der Erdstoff der Verwallung wurde beim Bau des Deiches verwendet. Der Deich ist 425 m lang und besitzt eine Deichkronenhöhe von 17,45 m NN. 6,5 Tm³ Sand und 3 Tm³ Mutterboden wurden mit einem Kostenaufwand von 208 T€ eingebaut. Durch den Bau des Deiches ist ein sicherer Hochwasserschutz gegen das eisfreie Bemessungshochwasser der Elbe für die Gemeinde Rüterberg geschaffen worden.

Beim August-Hochwasser der Elbe im Jahre 2002 wurde der Brodaer Deich vorsorglich durch den Einbau von 12.000 m² Folie und 30.000 Sandsäcken auf der wasserseitigen Böschung innerhalb von zwei Tagen gesichert. Aus der Planung war bekannt, dass der Deich nicht in der Lage ist das Hochwasser schadlos zu kehren, deshalb war die Sanierung des Deiches dringend erforderlich. Bauvorbereitende Arbeiten erfolgten bereits Ende 2002. Die Erdarbeiten begannen nach Beräumung der Folie im April 2003. Mit der Deichsanierung wurde ein Deichprofil mit 5 m Kronenbreite und beidseitigen Böschungsneigungen von 1:3 und einem Deichverteidigungsweg auf der Deichkrone geschaffen. Der Deich wurde durch den Einbau von 7 Tm³ Sand verstärkt, auf der wasserseitigen Böschung wurden 14 Tm³ Lehm als Dichtungsschürze aufgetragen und der Deichverteidigungsweg mit 1.100 Betonwabenplatten befestigt. Das Land stellte dafür aus dem Aufbauhilfsfonds Elbeflut 720 T€ zur Verfügung.

Bisher war der Hochwasserschutz in den Ortslagen Bandekow und Gülze nur begrenzt durch die Deiche der Flutpolder Gothmann-Bandekow und Blücher gewährleistet. Hochwasser in der Elbe und dessen Rückstau in die Sudeniederung führten oftmals zur Flutung dieser Polder. Dann waren die Wohnhäuser in diesen Orten gefährdet. Mit dem Bau der Ringdeiche Gülze und Bandekow, der im Herbst 2002 begann, wird zukünftig ein sicherer Schutz gegen das eisfreie Bemessungshochwasser der Elbe gewährleistet. Die beiden Bauabschnitte gegenüber dem Flutpolder Blücher wurden im Sommer 2003 fertiggestellt. Es entstanden Deichabschnitte, die eine Kronenhöhe von 11,30 m NN besitzen und deren Deichverteidigungsweg auf der Deichkrone liegt. Im Bereich der Ortslage Gülze wurde die Kreisstraße auf 860 m Länge erhöht und übernimmt in diesem Bereich die Hochwasserschutzfunktion. Die Kreisstraße wurde mit einem Radweg und einer Amphibienschutzeinrichtung versehen, die der Landkreis Ludwigslust finanzierte. Im Herbst 2003 begannen die Arbeiten an den restlichen zwei Bauabschnitten im Bereich des Flutpolders Gothmann-Bandekow. Die Rohbaudeichkörper wurden bis Ende 2003 hergestellt und 2004 wird die Baumaßnahme abgeschlossen. Durch die Sperrung des Bahnüberganges der B 195 in Boizenburg-Bahnhof kommt es beim Bodentransport zu einem Mehrweg von ca.

40 km und damit zu erhöhten Aufwendungen. Insgesamt werden mit diesem Vorhaben 4,2 km Deiche errichtet. Im Jahre 2003 wurden 1,8 Mio. € für dieses Vorhaben eingesetzt.

Durch das Elbehochwasser im Januar 2003 kam es infolge von Schäden durch Bisambauten zu zwei Brüchen des linken Deiches am Brahlstorfer Bach des Flutpolders neue Sude. Die Beseitigung dieser Deichbrüche und eine Befestigung der Deichkrone mit einer wassergebundenen Decke erforderten den Einsatz von 323 T€.

Im Herbst 2003 konnte mit erheblicher Verzögerung der Bauabschnitt 2 im nördlichen Hafenbereich Boizenburg abgeschlossen werden. Das Vorhaben Hochwasserschutz Hafen Boizenburg wird als gemeinsame Maßnahme mit der Stadt Boizenburg umgesetzt. Bedingt durch die ungünstigen Baugrundverhältnisse und die mehrmalige hochwasserbedingte Bauunterbrechung gestaltete sich der Bauablauf schwierig. Der 3. Bauabschnitt wurde soweit angearbeitet, dass für diesen Abschnitt die Hochwassersicherheit gewährleistet ist.

Die Sanierung der Löcknitzumfluterdeiche bei Dömitz wurde mit einem dritten Bauabschnitt von 2,1 km Länge fortgesetzt. Der Kostenaufwand betrug 520 T€. Damit wurden aus dem seit 1992 laufenden Hochwasserschutzprogramm Elbe bis einschließlich 2003 42,5 Mio. EUR realisiert.

Die technische Vorplanung konzentrierte sich neben den o. g. Vorhaben auf:

- die Sanierung des Elbedeiches Horst,
- die Sanierung des rechten Sudedeiches im Polder Boizenburg,
- die Sanierung des rechten und linken Löcknitzumfluterdeiches und
- auf weitere Maßnahmen zum Hochwasserschutz Boizenburg.

3.2.4.4 Küstenschutz

Zur Realisierung eines Teilschutzes gegen Sturmfluten der Ostsee im Bereich zwischen der Rabenstraße und dem Philosophenweg in der Hansestadt Wismar wurde am Mühlenbach Wismar das Ufer auf einer Länge von 230m aufgehöht. Der Kostenaufwand betrug 85 T€. Damit ist ein Schutz gegen ein Hochwasser von ca. 2,20 m HN mit einem Wiederkehrintervall von 25 Jahren gewährleistet. Durch die Stadt Wismar wurde der Geh- und Radweg erneuert.

Weitere Küstenschutzmaßnahmen sind gegenwärtig nicht geplant.

3.2.4.5 Genehmigungen und Stellungnahmen

Es wurden 200 Stellungnahmen als

- fachtechnische Stellungnahmen und als
- Beiträge zu Stellungnahmen des Amtes als Träger öffentlicher Belange und zu Gutachten bearbeitet.

Fachtechnische Stellungnahmen erfolgten zu Brückenbauten, Steg- und Bootsanlegern, Ausbau und Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung, zu baulichen Anlagen und Einzelbauvorhaben sowie zu naturschutzfachlichen Maßnahmen in Küsten- und Überschwemmungsgebieten. Die Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen betrafen Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern erster Ordnung, Befahren von Landesschutzdeichen aus zwingenden Gründen sowie Bauten in Überschwemmungsgebieten.

3.2.4.6 Hochwasserschutz

3.2.4.6.1 Küste

Das Jahr 2003 war geprägt durch ruhige Sturmflutperioden der Ostsee. Es kam zu keinen wesentlichen Schäden an den Küstenschutzanlagen. In Auswertung der sehr schweren Sturmflut am 20./21. Februar 2002 wurde entschieden, eine Pegelstation mit Messwertansage und –übertragung im Oberwasserbereich des Absperrbauwerkes im Tarnewitzer Bach zu errichten. Diese Anlage wurde 2003 in Betrieb genommen. Damit ist eine Analyse der Hochwassersituation für die Ortslage Tarnewitz und den Polder Boltenhagen ständig gewährleistet.

3.2.4.6.2 Binnengewässer

Im Januar 2003 trat wiederum ein Hochwasser in der Elbe auf, dass mit 617 cm am Pegel Boizenburg nur um 3 dm unter der Elbeflut vom August 2002 und um 6 dm unter dem eisfreien Bemessungshochwasser lag. Die Bildung eines Eisstandes in der Elbe und damit ein Anstieg des Wasserstandes um mindesten einen Meter war möglich. Bei einer kurzen Verlängerung der Frostperiode oder ohne Eisaufbruch im Hamburger Bereich wäre mit Wasserständen zu rechnen gewesen, die erheblich über dem eisfreien Bemessungshochwasser gelegen hätten. Vorbereitende Maßnahmen zur Sicherung von Schwachstellen oder zur Aufkantung von Deichen wären so, wie im August 2002 erfolgt, nicht möglich gewesen. Der gefrorene Boden verursacht auch, dass Sandsackverbaue nicht möglich bzw. nicht voll wirksam gewesen wären. Extreme Winterbedingungen ermöglichen einen intensiven Einsatz von Einsatzkräften nicht im erforderlichen Maße. Trotz der etwas niedrigeren Wasserstände in der Elbe gegenüber dem Ereignis im August 2002 war die Gefährdung für das Hochwassergebiet Elbe im Land Mecklenburg-Vorpommern mindestens als gleichwertig einzuschätzen.

Durch das Hochwasser kam es zu Brüchen im linken Deich am Brahlstorfer Bach des Hochwasserschutzsystemes Flutpolder Neue Sude und zu Deichrasenbeschädigungen durch Eisgang. Probleme gab es auch mit einem Biberbau im Elbedeich Mahnkenwerder.

Auch dieses Ereignis hat gezeigt, dass es einen absoluten Hochwasserschutz trotz eines leistungsfähigen Hochwasserschutzsystemes, einer guten Vorbereitung auf mögliche Ereignisse und großer Anstrengungen bei der Hochwasserabwehr nicht geben wird. Im Interesse der betroffenen Bürger lohnt es sich, alle Anstrengungen zu unternehmen, dieses Hochwasserschutzsystem auf den Stand der Technik zu bringen und ordnungsgemäß zu unterhalten.

Über die Hochwasser der Elbe im August 2002 und Januar 2003 informiert seit dem September 2003 ein Faltblatt die betroffenen und interessierten Bürger sowie die zuständigen Einrichtungen und Einsatzkräfte. Ebenfalls wurde die Wanderausstellung zum Hochwasserschutz Elbe in Mecklenburg-Vorpommern um diese Hochwasserereignisse ergänzt.

Die Konzeption Hochwasserschutz Elbe und deren Rückstaugebiete in Mecklenburg-Vorpommern wurde im I. Quartal 2003 überarbeitet und wird derzeit zum wasserwirtschaftlichen Fachplan erweitert. Es ist vorgesehen, die Hochwasserschutzmaßnahmen bis zum Jahre 2010 abzuschließen. Dafür sind nach dem Jahre 2003 noch ca. 30 Mio. € durch das Land mit Förderung des Bundes zu investieren. Um diese Aufgaben absichern zu können, wurden drei zusätzliche Sachbearbeiter befristet eingestellt.

Durch die Arbeitsgruppe Hochwasserschutz Elbe der IKSE wurde nach einvernehmlicher Abstimmung mit der tschechischen Delegation und in Auswertung der Elbeflut vom August 2003 der Aktionsplan Hochwasser Elbe erarbeitet, an dem das Land Mecklenburg-Vorpommern mitwirkte. Diesen Plan bestätigte die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe im Oktober 2003. Er berücksichtigt, dass die Elbanliegerländer nur gemeinsam und nach einheitlichen Grundsätzen den vorbeugenden und abwehrenden Hochwasserschutz sichern können und die Maßnahmen der Oberlieger die Unterlieger bevorteilen aber auch benachteiligen können. Neben Grundsätzen, Konzepten und Anforderungen enthält der Aktionsplan auch konkrete maßnahmebezogene Festlegungen zum vorbeugenden und abwehrenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe.

3.2.5 Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft

Arbeitsschwerpunkte sind die Genehmigung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen gemäß § 38 Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) sowie die fachliche Prüfung von Fördermittelanträgen nach ZBau. Aufgaben als fachlich zuständige technische Prüfbehörde werden auch für das Wirtschafts- und Arbeitsministerium wahrgenommen, zum Beispiel bei der Förderung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung oder der gewerblichen Ansiedlung.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind:

- Fachliche Begleitung aller genehmigten und geprüften Bauvorhaben bis zur Inbetriebnahme,
- fachliche Mitwirkung bei der Erstellung von Amtsstellungnahmen für die Bauleitplanung und
- Bearbeitung fachtechnischer Stellungnahmen für Baumaßnahmen in der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörden

3.2.5.1 Bedeutsame Vorhaben und Ergebnisse

Wasserversorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Versorgungsgebiet	Bausumme T €
	(EW)	
Neubau Wasserwerk Ventschow	8.000	420,0
Erneuerung Druckstation Schwerin-Gr. Dreesch Teil II	23.000	358,0
Wasserversorgung Düssin von Melkhof	877	322,0
TW-verb.sltg. WW Rodenwalde bis Klein-Bengstorf	7.206	668,0
WW-Rodenwalde, Ertüchtigung des WW	7.206	600,3
Wasserwerk Wittenburg u. Sanierung RWB 2 x 900 m³	16.000	1.800,0
Umbau Wasserwerk Ortkrug	15.500	1.610,0
Ablösung WW Dreenkrögen / TWL Hohes Feld Wöbbelin	2.100	359,2
Umbau Wasserwerk Krenzliner Hütt zur DEA	1.500	451,2
WW Carlow		950,00
Erneuerung Technologie, E- und MSR-Technik	7.300	Preissteigerung

? Abwasserentsorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Entsorgungsgebiet	Bausumme T €
	(EW)	
Neubau Kläranlage Dorf Mecklenburg	9.000	2.496,0
Neubau Kläranlage Bobitz	2.100	997,0
Abwasserentsorgung Insel Poel (Weiterführung)	310	300,0
Sanierung/Neubau MW-Kanal Schwerin, Aug.-Bebel-Straße	420	2.357,8
MW-Staukanal Schwerin, Sand- und von-Thünen-Straße	540	722,3
Abw.-entsorgung i. Raum Ventschow, ÜL z. KA Bad Kleinen	1.785	4.085,0
Ortsentwässerung Krusenhausen – Gagzow	350	1.252,0
Entsorgungsgebiet Nord des AZV Sude Schaale: OE Lassahn, Neuenkirchen, Neuhoof, Boissow, Bantin und Überleitung zur KA Zarrentin	1.350	4.344,0
AW Boizenburg 16. und 17. BA	192	460,0
AW Boizenburg 18. und 19. BA	573	2.215,0
Schmutzwasserkanäle Boizenburg (Weiterführung)	285	582,0
AW Wittenburg Paschbrink und Fritz-Reuter-Straße	84	225,0
AW Wittenburg BA 11.1 Poststraße	100	416,0

OE Schönberg 6. – 9. BA	400	2.076,0
OE Grundshagen , Elmenhorst, Wankenhagen	470	726,0
OE OT Wieschendorf mit DRL nach Dassow	100	483,0
OE Sülstorf KN u. ÜL KA Dassow	150	514,0
OE OT Harmshagen einschl. Neubau KA	100	307,0
OE Wilsmtorf mit Einbindung in DRL Kalkhorst-KA Dassow	73	424,0
OE Schwanbeck mit Einbindung in DRL Selmsdorf-Dassow	137	258,0
Kläranlage Rastow/Uelitz, 3. AS	4.800	1.255,0
OE Neustadt-Glewe, Wohngebiet Landwehr	500	868,4
OE Holthusen / OT'e Lehmkuhlen + Buchholz	300	858,6
OE Dömitz, Leopoldsbrunnen (B195)	200	611,2
OE Dümmer / OT Parum + KA	200	766,5
Ortsentwässerung und unbelüftete Teichkläranlage Gammelín	460	1.345,3
SBR-Teichkläranlage Redefin	1.097	174,0
Ortsentwässerung und SBR-Kläranlage Badow	2.000	1.650,96
Schmutzwasserentsorgung westlicher Teil des Amtes Rehna	1.400	3.983,00
Schmutzwasserentsorgung Stepenitztal	2.600	2.330,54

Die o. g. Maßnahmen werden dazu beitragen, den Anschlussgrad der Bevölkerung an die zentrale Abwasserentsorgung im Amtsbereich zu erhöhen. Der Generalplan Abwasser des Landes sieht einen Anschlussgrad von 82 % vor. Im Amtsbereich liegt der kanalgebundene Anschlussgrad bei knapp über 80 %. Durch die o.g. Maßnahmen wird gleichzeitig die Einstufung der Gewässer in die Güteklasse II und besser erreicht.

? Siedlungswasserwirtschaft (Genehmigungen nach § 38 LWaG)

Vorhaben / Baumaßnahmen	Anzahl	Investitionen Bausumme €
Eingegangene Genehmigungsanträge	109	
Erteilte Genehmigungen	103	48.539.701,0
davon Wasserversorgung	11	3.316.495,0
davon Abwasserbeseitigung	92	45.223.206,0
Teilbaugenehmigungen	5	
Bauvoranfragen	18	
Prüfverzicht - genehmigungsfreie Vorhaben	6	
Vorgenommene Bauabnahmen	41	
Bauüberwachung / Baukontrollen / Zwischenabnahmen	210	

Die fertiggestellten Abwasserbehandlungsanlagen haben die Gewässerbeschaffenheit weiter positiv beeinflusst. Zur nachhaltigen Verbesserung der Wasserqualität der Schweriner Seen wurden seit der Wende über 77 Mio. EUR aufgewendet, davon rund 40 Mio. EUR für die Kläranlage Schwerin-Süd. Die aktuelle Badegewässergütekarte für Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht

die oben aufgeführten Erfolge in der Verbesserung der Wasserbeschaffenheit.

? Fachtechnische Stellungnahmen

	Anzahl
Fachtechnische Stellungnahmen an kreisfreie Städte und Landkreise	54
Stellungnahmen zur Bauleitplanung (F- und B-Pläne / Vorhaben- und Erschließungspläne / Änderungssatzungen)	41
DIN / DVGW / ATV-DVWK-Regelwerk (Stellungnahmen)	1
Sonstige (andere Fachabteilungen / Ing.-büros)	48
Konsultationen und Besprechungen i. R. der Vorbereitung von Planung und Baudurchführung mit Verbänden, Ing.-büros und Fachbehörden	253

3.2.5.2 Baufachliche Stellungnahmen zu Fördermittelanträgen und Prüfung der Verwendung bewilligter Zuschüsse

3.2.5.2.1 Fördermittel des Umweltministeriums und des Europäischen Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Für Baumaßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft - Wasser und Abwasser - wurden insgesamt 36 Fördermittelanträge baufachlich nach Nr. 6 ZBau geprüft.

Bewilligte Fördermittel 15,8 Mio. EUR

darin enthalten sind Verpflichtungsermächtigungen für 2003 in Höhe von 9,6 Mio. EUR

mit vorgenannten Zuwendungen wurden Investitionen ausgelöst in Höhe von 32,6 Mio. EUR

Mit der Bewilligung der Zuschüsse war die Bearbeitung von insgesamt 86 Zahlungsanforderungen verbunden.

Ferner wurden 23 Stellungnahmen zu Änderungsanträgen erteilt, 19 Zwischennachweise und 65 Verwendungsnachweise geprüft. Darüber hinaus wurden 59 sog. begleitende und Vor-Ort-Kontrollen unter Beachtung des 4-Augen-Prinzips durchgeführt.

3.2.5.2.2 Fördermittel des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Maßnahmen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Hier wird auf den Beitrag der Siedlungswasserwirtschaft an der Entwicklung der regionalen Wirtschaft im westlichen Teil des Landes hingewiesen. Von 12 eingereichten Anträgen wurden 10 geprüft. In den bearbeiteten Anträgen für die gewerbliche Wirtschaft wurden 17,2 T EUR als angemessene Kosten festgestellt. Mit diesen Zuschüssen wurden für 18,5 T EUR Investitionen ausgelöst. Es wurden weiterhin 8 Verwendungsnachweise geprüft und 3 Änderungsanträge bearbeitet. In der Bauüberwachung nach Nr. 8 ZBau wurden 12 Objekte begleitet.

Es sind folgende Maßnahmen von Bedeutung:

Baumaßnahmen	Bausumme T €
Kläranlage für die Tank- und Raststätte Fuchsberg an d. A 20	782,0
B-Plan Nr. 8 Neukloster	343,0
Erschließung Anleger Hohen Wieschendorf	341,0
Elbwerft Boizenburg – Erschließung	1.217,0
Erschließung B-Plan 6.2 in Wittenburg	950,0
B-Plan Nr. 6 Selmsdorf, Herrenwiekers Camp, Krempelmoor	3.138,0
B-Plan Nr. 12 in Groß Schwansee	994,0
B-Plan Nr. 4 Gemeinde Hakensee	988,0
B-Plan Nr. 19/3 Redentin – Ost	330,0
B-Plan Nr. 7 Selmsdorf am Sandberg	940,9
OE Grabow, RW-Kanal Binnung, 1. + 2. BA	433,0
KA Hagenow 6.-8. BA	6.178,0

3.2.5.2.3 Fördermittel des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung

Der Beitrag für die Städtebauförderung umfasste die Prüfung von 5 Anträgen. Als festgestellte angemessene Kosten wurden darin 2,2 T EUR ausgewiesen. Damit konnten für 2,5 T EUR Investitionen ausgelöst werden.

Fünf Objekte wurden der Bauüberwachung nach Nr. 8 ZBau unterzogen. Hier aufzuführende Schwerpunktvorhaben aus der Städtebauförderung sind:

Baumaßnahmen	Festgestellte angemessene Kosten in T €
Erschließung Schweriner Altstadt	610,0
Sanierung Altstadt Boizenburg (Erschließung)	430,0
Entwässerung Wismar Süd Klueßer Damm	423,0
Bau der Entwässerungsanlagen Mühlengrube Nordseite in Wismar	533,0
Ortsentwässerung Wismar Speicherstraße	146,0

3.2.6 Dezernat 340 - Gewässerkundlicher Landesdienst

3.2.6.1 Kennziffern

• Haushaltskennziffern

Titel	Ist 2002 T EUR	Plan 2003 T EUR	Ist 2003 T EUR
Gewässerkundliche Anlagen	34	32	31
Aufträge an Dritte (LWaG)	45	37	37
Aufträge an Dritte (Abwag)	2 *	174 *	174
Ökologisch-morphologische Bewertung Fließgewässer	19	20	20
Untersuchung von Proben auf Schadstoffe	20	10	10
Aufträge für das Seenprojekt	30	102	28
Beschäftigungsentgelt für Pegelbeobachter	28	29	28
Gesamt	178	404	328

* Übertragung der geplanten Haushaltsmittel für den Tressower See aus dem Jahr 2002 nach 2003 durchgeführt.

• Kennziffern Messnetze

Die Datenerfassung und –auswertung des gewässerkundlichen Mess- und Beobachtungs-dienstes erfolgte für die Messstellen im hydrologischen Beobachtungsnetz und im Beschaffenheitsmessnetz.

Im hydrologischen Beobachtungsnetz werden betrieben:

	<u>Anzahl</u>
- Pegelstationen im Oberflächenwasser	47
davon digitale Erfassung der Daten	29
- Durchflussmessstellen	24
- Grundwassermessstellen	105
davon digitale Erfassung der Daten	16
- Pegelstationen des Hochwassermelddienstes der Wasserstraßenverwaltung (WSW)	9
davon Elbeeinzugsgebiet	6
Ostseeküste	3
- Stationen des internen Messnetzes Küste	2
- Messstellen für den Betrieb der wasserwirtschaftlichen Anlagen	21

Zur Absicherung der umfangreichen termingebundenen Erfassung der Daten bestehen mit 39 Pegelbeobachtern und mit 48 Beobachtern von Grundwassermessstellen Verträge.

Im Beschaffenheitsmessnetz wurden 61 Messstellen beprobt. Davon fielen 8 Messstellen in die Kategorie 1, d.h. die Beprobung erfolgte alle 2 Wochen. 32 Messstellen gehörten zur Kategorie 2 und wurden entsprechend Überwachungserlass alle 4 Wochen untersucht. 21 Messstellen waren sonstige Messstellen des StAUN Schwerin, die ebenfalls alle 4 Wochen untersucht wurden. Sie dienen insbesondere der Beschreibung von kleineren Fließgewässern oder lokal bedeutenden Eintragsquellen. Weitere 29 Messstellen wurden im Rahmen von Gütelängsschnitten zusätzlich untersucht, um die Aussagen zur Wasserbeschaffenheit räumlich und/oder zeitlich zu verdichten. Diese zusätzlichen Untersuchungen wurden an anerkannte Labore vergeben. Es wurden 5 neue Probenahmestellen eingerichtet, um bestehende Lücken bei der Beschreibung der Wasserbeschaffenheit zu schließen. Dies betrifft vorrangig Einzugsgebiete mit einer Größe von 20 bis 40 km².

Im Jahr 2003 wurden 30 Grundwassermessstellen beprobt. 12 dieser Messstellen sind dabei Bestandteil des Trendmessnetzes zur Erfassung diffuser Einträge, die anderen 18 Messstellen gehören zum Grundmessnetz des Landes.

Es wurden insgesamt 24 Seen mit zusammen 29 Messpunkten beprobt. Dazu gehörten die flächengrößten Seen im Gebiet: Schweriner Innen- und Außensee, aber auch Seen, an denen Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen durchgeführt wurden oder geplant sind: Neustädter See, Tressower See, Probst Jesarer See, Vielbecker See, Dümmer See und Ventschower See. Außerdem wurde die gesamte Seenkette der Stepenitz untersucht.

3.2.6.2 Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten

Die hydrologischen Daten wurden kontinuierlich auf der Grundlage der Pegelvorschrift und der Grundwasserrichtlinie erfasst und ausgewertet. Entsprechend dem Erlass des Umweltministeriums M-V zur Einführung des ETA-Verfahrens konnte die Durchflussstatistik für 22 Pegelstandorte nach dem Verfahren bearbeitet werden.

Die Datenerfassung des Beschaffenheitsmessnetzes ist durch die jährliche Fortschreibung des Erlasses zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Vorgegeben werden Messstellen und Untersuchungsprogramme. Bei den Untersuchungs-häufigkeiten und den zu untersuchenden Parametern werden die Anforderungen aus den nationalen und internationalen Verpflichtungen berücksichtigt. Messstellen der Kategorie 1 werden 26 Mal/Jahr beprobt, die Messstellen der Kategorie 2 werden 13 Mal/Jahr beprobt.

Wesentliche wasserwirtschaftliche Ereignisse

An der Wetterstation Schwerin wurde im Abflussjahr 2003 ein Niederschlag von P = 557 mm gemessen und betrug damit 90 % des langjährigen mittleren Niederschlages. Eine wesentliche Überschreitungen der Normalniederschläge trat im Monat November 2002 (161 %) auf, wesentliche Unterschreitungen dagegen in den Monaten Dezember 2002 (24 %) und Februar 2003 (21 %).

Ende Dezember 2002 und in den ersten Tagen des Januar 2003 kam es wiederholt zu ergiebigen Niederschlägen in verschiedenen Teilen Deutschlands, sowie auch in einigen anderen Ländern Mitteleuropas. Dies betraf zum Beispiel auch den Bayrischen Wald / Böhmerwald und damit den tschechischen Teil des Elbe-(Moldau-) Einzugsgebietes.

In Verbindung mit Tiefausläufern, die Deutschland am Neujahrstag und am 02.01.2003 von Südwesten her überquerten und milde Meeresluft heranführten, kam es verbreitet zu ergiebigen Niederschlägen. Dabei wurden am 02.01.2003 örtlich 24-stündige Niederschlagsmengen über 40 l/m² gemessen. Hierbei gingen insbesondere auch im Mittelgebirgsraum kräftige Niederschläge nieder. Der Temperaturanstieg betrug in Dresden - Klotzsche vom 01.01.2003 zum 02.01.2003 22 Grad (von -12,2°C auf +9,6°C). Dieser Temperaturanstieg verbunden mit ergiebigen Niederschlägen traf in Sachsen und Böhmen auf eine noch vorhandene Schneedecke und brachte diese innerhalb weniger Stunden zum Schmelzen. Die Hochwasserscheiteldaten betrugen für Dresden 669 cm am 06.01.2003, für Dömitz 618 cm am 13.01.2003, Neu Darchau 692 cm am 13.01.2003 und Boizenburg 617 cm am 15.01.2003. Der Scheitelwasserstand der Hochwasserwelle lag damit 4,00 bis 4,20 m über dem mittleren Wasserstand (MW Jahr) und 1,40 bis 1,90 m über dem mittleren Hochwasserstand (MHW Jahr). Der eisfreie Bemessungswasserstand (BHW) wurde um 6 bis 7 dm unterschritten. Durch starke Frosteinwirkung im Dezember und Anfang Januar 2003 bildete sich Treibeis. Die Treibeisbedeckung der Elbe erreichte im gesamten Verlauf zwischen Magdeburg und der Tideelbe zwischen dem 10. und 12. Januar 2003 ein Maximum von 50% bis 60% als fließendes Scholleneis. Das Wiederkehrintervall des Ereignisses betrug ca. 15 Jahre.

In den Fließgewässern zur Elbe traten Wasserstände im Bereich des HW der Reihe 1991/2000 ein.

	Aktuell	Datum	HW 1991/2000
Garlitz / Sude	203	15.01.03	218
Laave / Rögnitz	256	16.01.03	272
Kl.Bengerstorf/ Schaale	214	15.01.03	221
Schwartow / Boize	173	15.01.03	189

Die Wasserstände der Ostsee überschritten im zurückliegenden Abflussjahr kurzzeitig zweimal die Alarmstufe I (1,0 bis 1,24 m über normal), und zwar

am 29. Januar 2003

	<u>Gewässer</u>	<u>Wasserstand</u> in cm
Boltenhagen	Ostsee	608
Dassow	Dassower See	615

und am 06. April 2003

Boltenhagen	Ostsee	606
Dassow	Dassower See	607

3.2.6.3 Fachtechnische Stellungnahmen und gewässerkundliche Auskünfte

Als technische Fachbehörde wurden 305 Stellungnahmen für die unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust und Nordwestmecklenburg sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar erarbeitet. Zusätzlich wurden gewässerkundliche Auskünfte an Dritte erteilt. Schwerpunkte sind u. a. die Bearbeitung von Wasserständen und Abflüssen für Vorhaben an Fließ- und Standgewässern, Aussagen zu Grundwasserstandsschwankungen an beobachteten Messstellen für Bauvorhaben, die Beurteilung von Fließgewässern in Bezug auf die ökologische Verträglichkeit von Abwassereinleitungen, die Beurteilung der Gefährdung von Oberflächen- und Grundwasser durch Altlasten und Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen sowie die Beurteilung einer Vielzahl von Analyseenergebnissen aus Oberflächengewässern, Grundwasser und Abwasser.

Entsprechend der Hochwassermelddienstverordnung –HwMDVO- vom 27.04.1993 wurde der Hochwassermelddienst für die Elbe und die Ostsee durchgeführt und umfasst folgende Aufgaben:

1. Beobachten und Melden von meteorologischen Einflussgrößen, Wasserständen und Durchflüssen.
2. Auswerten dieser Beobachtungen zu Hochwassermeldungen und deren Weitergabe nach Meldeplänen.
3. Auslösen von Alarmstufen und den Beginn von Hochwasserdiensten bei Erreichen oder Überschreiten von festgelegten Richtwasserständen.

Die Wahrnehmung des Hochwassermelddienstes erfolgte dabei täglich in folgendem Zeitraum:

Elbe	06.01.2003 bis	22.01.2003
Ostsee	29./30..01.03 bis	05./06.04.03

3.2.6.4 Hydrologische Vorhaben

Zur Datenerfassung, -auswertung und Verbesserung des Betriebes der hydrologischen Messeinrichtungen wurden folgende Vorhaben vorbereitet bzw. realisiert:

- Bearbeitung des Jahresberichtes 2002 zur Eigenüberwachung der Talsperre Farpen
- Pegelanschlussnivellement mit Pegelprüfung für 3 Standorte in den Fließgewässern und für 5 Standorte in den Standgewässern

- Bau der DFÜ-Station Tarnewitz/Tarnewitzer Bach zur digitalen Wasserstandserfassung und Messwertansage mit Aufgaben für den operativen Hochwasserschutz an der Ostsee und die Bedienung des Absperrbauwerkes
- Bearbeitung der Wasserbilanz für den Schaalsee
- Vorplanung der Ultraschallmessanlage in Garlitz/Sude
- Fachtechnische Beratung während des Elbehochwassers im Januar 2003
- Bearbeitung des Abschlussberichtes des Elbehochwassers Januar 2003 (Meteorologisch-hydrologischer Teil)
- Durchführung des Grundwassersondermessprogrammes beim Elbehochwasser Januar 2003
- Untersuchungen zum Abflussregime an der Schildmühle in Schildfeld

3.2.6.5 Vorhaben der Wasserbeschaffenheit

Neben der Beprobung und Datenerfassung entsprechend dem Erlass einschließlich der aktuellen Fortschreibungen zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern wurden folgende Vorhaben realisiert:

- Untersuchung der Wasserbeschaffenheit der Elbe beim Januarhochwasser 2003
- Untersuchung der Gewässer im Küsteneinzugsgebiet (Redentiner Mühlbach, Farpener Bach/Plastbach, Lischower Graben, Klützer Bach, Tarnewitzer Bach) für Beschaffenheitslängsschnitte
- Untersuchung der Gewässer im Einzugsgebiet der Schaale mit Schilde und Motel für Beschaffenheitslängsschnitte
- Erfassung des Makrozoobenthos im Ostsee-Einzugsgebiet (Harkenbäk, Tarnewitzer Bach, Grundshagener Bach, Klützer Bach, Zierower Bach, Redentiner Mühlbach, Farpener Bach/Plastbach) zur Beurteilung des ökologischen Zustandes im Rahmen einer ersten Bestandsaufnahme zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie
- Untersuchungen von Grundwasserproben auf den Abwasserverwertungsflächen in Schwerin-Süd
- Kartierung der Sedimentmächtigkeit am Ventschower See zur Vorbereitung von Restaurierungsmassnahmen
- Machbarkeitsstudie zur Restaurierung des Probst Jesarer Sees
- Nachuntersuchungen des Wasserkörpers des Neustädter Sees nach der Entschlammung
- Voruntersuchung des Wasserkörpers des Probst Jesarer Sees, des Dümmer Sees, Ventschower Sees und des Vielbecker Sees zur Vorbereitung von Restaurierungs-massnahmen
- Instandsetzung der Tiefenwasserableitung des Tressower Sees (Wiederinbetriebnahme: August 2003)

3.2.6.6 Aufgaben zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Mit dem Umsetzungserlass des Umweltministeriums vom Juli 2002 zur Umsetzung der WRRL in Mecklenburg-Vorpommern wurde das Amt als federführende Behörde für die Bearbeitungsgebiete Küstengebiet West, Stepenitz und Sude benannt. Der Arbeitsschwerpunkt für 2003 lag in der Bestandsaufnahme der signifikanten anthropogenen Belastungen in den Bearbeitungsgebieten. Entsprechend der Handlungsanweisung des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie, waren Daten zu vier Themengruppen für das berichtspflichtige Gewässernetz zu erheben:

- Punktquellen, diffuse Quellen und mengenmäßiger Zustand (Kläranlagen, Entnahmen, Einleitungen),
- Abflussregulierungen und morphologische Veränderungen (Stauanlagen, Speicher, Schleusen, Hochwasserrückhaltebecken, Schöpfwerke, Wasserkraftwerke, Verrohrungen),
- Gewässerunterhaltung,
- „andere“ Belastungen (Fischerei, Schifffahrt).

Die erhobenen Daten werden in das für die Umsetzung der WRRL aufgestellte ArcView Projekt „WRRL-Projekt 2004“ eingefügt und stellen die Basisdaten für weitere Schritte der Bestandsaufnahme dar, welche bis Ende 2004 abgeschlossen sein soll.

Der unmittelbar anschließende 2. Arbeitsschritt dient der Ermittlung provisorischer Wasserkörper, welche Gewässerabschnitte gleichen Zustandes entsprechen sollen. Hierzu sind sogenannte Gütebände des ökologischen Zustandes (allgemeine physikalisch-chemische, hydromorphologische, spezifisch chemische und biologische Qualitätskomponenten) mit dem Güteband des chemischen Zustandes zu verschneiden. Nach Vorlage einer verbindlichen Gewässertypisierung werden auf Grundlage der bis dahin geleisteten Arbeiten endgültige Wasserkörper ausgewiesen.

3.2.6.7 Instandsetzung der Tiefenwasserableitung Tressower See

In 2-monatiger Bauzeit wurde auf einer Länge von 350 m eine defekte Tiefenwasserentnahmeleitung im Tressower See (Gemeinde Gressow, Landkreis Nordwestmecklenburg) instandgesetzt. Die umfangreichen Arbeiten machten den Einsatz von Tauchern zur Bergung abgescherter Leitungsstücke und Platzierung der Leitung auf dem Seeboden notwendig. Über die nunmehr intakte Leitung wird Wasser aus einer Tiefe von ca. 18 m an das Abschlussbauwerk geführt.

Das Prinzip der Tiefenwasserentnahme zur Sanierung nährstoffreicher Seen, und ein solcher war der Tressower See in der Vergangenheit, setzt voraus, dass sich der See im Jahresverlauf schichtet. Dies bedeutet, dass nach der Durchmischung des gesamten Wasserkörpers im zeitigen Frühjahr, sich infolge der Sonneneinstrahlung und der damit verbundenen Steigerung biologischer Aktivitäten, langsam eine Temperaturschichtung von der Seeoberfläche bis zum Seegrund ausbildet:

Messungen im August 2003 ergaben ca. 22° C an der Oberfläche und ca. 8° C im Tiefenwasser des Tressower Sees. In gleichem Maße wie die Temperatur mit der

Tiefe abnimmt, nimmt die Nährstoffkonzentration mit der Tiefe zu. Dies gilt insbesondere für Phosphor- und Stickstoffverbindungen. Ursache hierfür sind Abbau- und Anreicherungsprozesse.

Während in der Phase der Durchmischung die Nährstoffverhältnisse im gesamten Wasserkörper gleich sind, ist im Sommerhalbjahr der Nährstoffgehalt des Tiefenwassers geschichteter Seen ungleich höher. Hier wird nun die Tiefenwasserentnahme wirksam, was auch schon in den Jahren 1990 bis 1997 durch die alte Entnahmeleitung deutlich wurde. Kurz nach Aufgabe der Forellenproduktion (Netzkäfighaltung) wurde dem Tressower See noch 1990 eine hohe Belastung (Güteklasse „polytroph 2“) bescheinigt. Bis 1997 konnte ein Zustand mäßiger Belastung (Güteklasse „eutroph 1“) erzielt werden. Ziel der Maßnahme ist es, die erreichte Güteklasse zu halten oder womöglich noch zu verbessern. Die Tiefenwasserentnahme funktioniert ohne jeglichen Energiebedarf und ist weitestgehend wartungsfrei.

Die an Unternehmen der Region beauftragten Leistungen nehmen eine Größenordnung von ca. € 150.000,- ein und umfassen die erforderlichen Landschaftsbauarbeiten, welche im November 2003 durchgeführt wurden. Das Auslaufbauwerk wurde mit einer Messstation ergänzt, welche die Möglichkeit des Datenfernabrufes bietet.

Die offizielle Übergabe und Inbetriebnahme wurde am 26. August 2003 durchgeführt.



3.2.7 Dezernat 350 – Altlasten/Bodenschutz

3.2.7.1 Kennziffern

Die Arbeitsaufgaben im Dezernat Altlasten/Bodenschutz konzentrieren sich auf die Bereiche

- Bearbeitung von Anträgen auf Freistellung von der Altlastenhaftung,
- Erstellung von Kostenerstattungsbescheiden im Rahmen der Altlastenhaftungsfreistellung
- Maßnahmen gemäß Freistellungsbescheiden und Kostenerstattungsbescheiden
- Einstellung von Freistellungsdaten in das AFM-Programm (Altlastenfreistellungsmanagement),
- Umsetzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes entsprechend der Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999,
- Bearbeitung von Fördermittelanträgen.

? Freistellung von der Altlastenhaftung

Die Frist zur Stellung von Anträgen zur Freistellung von der Altlastenhaftung lief am 28. März 1992 ab. Die Zahl der eingereichten Freistellungsanträge bezifferte sich auf 1732 Einzel- bzw. Sammelanträge. Bearbeitet wurden bisher 1218 Anträge, im Jahre 2003 75 Anträge. Die Reihenfolge der Bearbeitung erfolgte nach vorgegebenen Prioritäten.

? Kostenerstattungsbescheide

Voraussetzung für eine Refinanzierung der anteiligen Kosten für die Beseitigung ökologischer Altlasten im Sinne von Gefahrenabwehrmaßnahmen ist ein positiver Freistellungsbescheid, der die Bedingungen entsprechend Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den neuen Bundesländern erfüllt. Im Jahre 2003 wurden 6 Refinanzierungsbescheide mit einer Gesamtfinanzierungssumme von 1.155.000,00 € erstellt und umgesetzt.

? Fördermittelanträge

Im Jahre 2003 wurden 4 Fördermittelanträge mit einer Fördersumme von 29.000 € bearbeitet.

Die endgültige Zustimmung zu den Anträgen obliegt dem Umweltministerium aufgrund einer Prioritätenliste auf Vorschlag der Bewilligungsbehörden.

? Altlastenfreistellungsmanagement-Programm (AFM)

Das AFM-Programm wurde im Auftrag des Umweltministeriums von einem Ingenieurbüro erarbeitet. Hierbei wurde die bisher genutzte Datei der Freistellungsanträge ins neue Programm konvertiert. Im Dezernat Altlasten/Bodenschutz werden laufend alle zur Freistellungsverwaltung notwendigen Daten in dieses Programm komplettiert. Insgesamt sind die Daten von 1732 Freistellungsanträgen bzw. Freistellungsbescheiden einzuarbeiten. Die Vervollständigung sämtlicher Angaben wird sich über einen längeren zeitlichen Rahmen erstrecken.

? Bundes-Bodenschutzgesetz

Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wieder herzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachhaltige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Mit der zweiten Verordnung zur Änderung der Abfall-Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999 sind die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur zuständig für die Durchführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes. Die auf Grund dieser Zuständigkeit im Dezernat bearbeiteten und betreuten Maßnahmen belaufen sich auf 26.

? Weitere Arbeitsaufgaben des Dezernates sind:

- Mitarbeit zu den Amtstellungnahmen als Träger öffentlicher Belange zu Bauleitplänen,
- Erarbeitung von Werksverträgen mit Leistungsverzeichnis,
- Bearbeitung und Mitwirkung bei der Erfassung, Erstbewertung und Gefährdungsabschätzung von Altlastverdachtsflächen,
- Mitwirkung und Bearbeitung bei der Erfassung und Untersuchung von militärischen und Rüstungsaltlasten,
- Erstellung von Prioritätenlisten für die Sicherung, Sanierung und Überwachung von Altlasten in Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften,
- fachliche Stellungnahmen zu Gefährdungsabschätzungen und Altlastensanierungen auf Antrag,
- fachliche Mitwirkung bei der Sicherung und Sanierung von Deponien,
- Beratung und Bereitstellung von Altlasteninformationen und anderen Datenträgern entsprechend § 25 Abfallwirtschaftsgesetz,
- Erarbeitung von Auskunftsdokumenten und Statistiken für Umweltministerium und LUNG und
- Überwachung von Altlastverdachtsflächen und Altlasten .

3.2.7.2 Bedeutsame Vorhaben im Zuständigkeitsbereich

Altlastenhaftungsfreistellung und Refinanzierung

Auch im zurückliegenden Jahr waren im Rahmen der Altlastenhaftungsfreistellung und Refinanzierung folgende Vorhaben in der weiteren Bearbeitung bedeutsam: (siehe Jahresbericht 2002)

- Siemens AG/Pirelli Schwerin
- Alubau Wismar
- REIKO Schwerin
- TotalFinaElf Deutschland GmbH.

Bundes-Bodenschutzgesetz

Im Rahmen des Bundes-Bodenschutzgesetzes wurde 2003 folgende Vorhaben prioritär weiter bearbeitet:
(siehe Jahresbericht 2002)

- Ehemalige chemische Reinigung Mergel
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Gartenstadt (Schwerin)
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Schwerin-Görries
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Stern Buchholz.

4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft

4.1 Allgemeine Angaben

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2003 war die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die Thermische Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust. Im Rahmen dieses unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführten Verfahrens wurde, sind 1288 gültige Einwendungen erhoben worden, die bei der Erarbeitung der Genehmigung zu beachten waren.

Während der Bearbeitung am 14. August 2003 wurde die 17. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, die die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen regelt, neugefasst. Die darin enthaltenen Bestimmungen waren bei der Entscheidung zur Thermischen Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust zu berücksichtigen.

Die Erweiterungen der Flüssiggasanlage der Firma Dr. Oetker in Wittenburg sowie der Tierhaltungsanlage in Garlitz-Langenheide waren ebenso wichtige Schwerpunkte der Arbeit im Jahre 2003 und die Begleitung der Errichtung einer Feuerverzinkerei in Schönberg, die bereits Ende des vergangenen Jahres genehmigt werden konnte.

Daneben musste in Umsetzung des im Jahr 2001 in Kraft getretenen Artikelgesetzes die Bearbeitung von zahlreichen daraufhin angezeigten Tierhaltungsanlagen, zumeist Rinderanlagen, sowie von Biogas- und Windkraftanlagen fortgeführt werden. Zur Verbesserung der Kontrolltätigkeit wurde neben der anlassbezogenen Überwachung die Regelüberwachung der genehmigungsbedürftigen Anlagen in bestimmten festgelegten Zeitabständen eingeführt.

Wichtige Standorte von genehmigungsbedürftigen Anlagen im Zuständigkeitsbereich sind neben der Hansestadt Wismar beispielsweise die Städte Ludwigslust und Hagenow. In den Kleinstädten und Gemeinden des Territoriums sind vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft mit regionaler Bedeutung angesiedelt. Die genannten Produktionsstätten stellen neben dem Kraftfahrzeugverkehr Emissions- und Lärmquellen dar, die besonderer Beachtung bedürfen.

Aufgrund der bereits im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Altholzverordnung wurden in diesem Jahr mehrere Genehmigungsverfahren zur Änderung von bestehenden Heizwerken, die den Einsatz aller in der Altholzverordnung definierten Altholzkategorien zum Ziel haben, vorbereitet.

Die nachfolgende Berichterstattung orientiert sich noch an der alten Organisationsstruktur der Abteilung mit fünf Dezernaten. Aus Darstellungsgründen wurde die neue Organisationsstruktur des Amtes nicht berücksichtigt, auch wenn die Abteilung von dieser Maßnahme durch eine Dezernatsreduzierung betroffen ist.

4.1.1 Personal und Organisation

Die Abteilung ist in fünf Dezernate mit folgenden Schwerpunkten gegliedert:

Dezernat 400: Regionaler und produktbezogener Umweltschutz, verwaltungs- und verfahrenstechnische Angelegenheiten
3 Dienstposten

Dezernat 410: Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach Nr. 1 bis 5, 8.1, 8.2 und 10 der 4. BImSchV
3 Dienstposten

Dezernat 420: Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach Nr. 7 und 9 der 4. BImSchV
3 Dienstposten

Dezernat 430: Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach Nr. 6 und 8.3 bis 8.15 der 4. BImSchV, Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen nach Baurecht
4 Dienstposten

Dezernat 440: Planfeststellung und –genehmigung sowie Überwachung von Deponien,
4 Dienstposten Vollzug der Nachweisverordnung

Im Jahr 2003 ist ein Mitarbeiter aus Altersgründen ausgeschieden. Dieser Dienstposten ist nicht wieder besetzt worden.

Durch das **Dezernat 400** werden die umweltschutzrechtlichen Vorschriften des Chemikalien- und Gentechnikrechts sowie produktbezogene Vorschriften des BImSchG überwacht. Desweiteren werden Fördermittelanträge zum Klimaschutzkonzept bearbeitet und kontrolliert.

Die fachliche Berichterstattung ist ebenso Aufgabe dieses Dezernates wie die Führung des Emissions- und Abfallkatasters sowie der Datenverarbeitungspakete AIS-I für den Bereich Immissionsschutz und ASYS für den Bereich Abfallwirtschaft. Im Rahmen des datentechnischen Vollzuges der Nachweisverordnung waren 16.300 Begleitscheine zu bearbeiten. Schließlich sind Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung zu erarbeiten, um spätere Nutzungskonflikte aus abfall- oder immissionsschutzrechtlicher Sicht zu vermeiden.

Durch die Dezernate 410, 420 und 430 werden nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftige Anlagen genehmigt und kontrolliert. Die Aufgabenteilung erfolgt dabei technologiebezogen.

Im **Dezernat 410** werden folgende technologische Bereiche bearbeitet:

- Wärmeerzeugung, Bergbau, Energie
- Steine und Erden, Glas, Keramik, Baustoffe
- Stahl, Eisen und sonstige Metalle einschließlich Verarbeitung
- Chemische Erzeugnisse, Arzneimittel, Mineralölraffination und Weiterverarbeitung

- Oberflächenbehandlung mit organischen Stoffen, Herstellung von bahnenförmigen Materialien aus Kunststoffen, sonstige Verarbeitung von Harzen und Kunststoffen
 - Thermische Verfahren zur Behandlung von bestimmten Stoffen sowie
 - Deponiegasfackeln
- Emissionsrelevante Verfahren spezieller Art.

Als Schwerpunkte sind vor allem Heizwerke, sowohl GuD-Kraftwerke als auch Holzverbrennungsanlagen, Beton- und Asphaltmischanlagen, Windkraftanlagen, Werften, Feuerverzinkereien, chemische Betriebe, Motorsport-, Schieß- sowie Kälteanlagen zu nennen. Im Jahr 2003 wurde eine Kälteanlage in Wittenburg, zwei Windkraftanlagen in Uelitz und Lübesse, zwei Änderungen bezüglich der Tankfahrzeugentladung und der Pentanrückgewinnung an einer Anlage zur Herstellung von Polystyren in Wismar, eine Änderung bezüglich der Brennstofflagerung an einem Heizwerk in Hagenow sowie der vorzeitige Baubeginn von drei Blockheizkraftwerken in Selmsdorf, Neuburg-Steinhausen und Bad Kleinen genehmigt.

Das **Dezernat 420** bearbeitet die technologischen Bereiche:

- Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Lagerung, Be- und Entladen von Stoffen und Zubereitungen.

Die hieraus resultierenden Schwerpunkte stellen gegenwärtig vor allem Tierhaltungsanlagen, speziell größere Rinder- und Schweinehaltungsanlagen, Schlacht- und Lebensmittelverarbeitungsbetriebe, Räuchereien, Trocknungsanlagen, Hafen- und Umschlaganlagen sowie Anlagen zur Lagerung von bestimmten gefährlichen Stoffen dar. Im Jahr 2003 wurden drei Rinderanlagen in Hoort, Zierzow und Neu Kaliß, vier Schweinehaltungsanlagen in Bülow, Börzow, Testorf-Steinfurt und Garlitz-Langenheide sowie eine Flüssiggasanlage in Wittenburg genehmigt.

Durch das **Dezernat 430** werden folgende technologische Bereiche bearbeitet:

- Holz, Zellstoff
- Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen.

Den Schwerpunkt stellen die Abfallentsorgungsanlagen dar, wobei neben den genehmigungsbedürftigen Anlagen auch baurechtlich zugelassene Abfallentsorgungsanlagen aus abfallrechtlicher Sicht kontrolliert werden. Im Jahr 2003 wurde eine Abfallbehandlungsanlage in Sülte, eine Abfallkonditionierungsanlage als Versuchsanlage in Selmsdorf sowie zwei Biogasanlagen in Böken und Parum genehmigt.

Durch das Dezernat 440 werden Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren für Deponien durchgeführt sowie Deponien kontrolliert bzw. überwacht. Dies betrifft neben der Deponie Ihlenberg, als dem Aufgabenschwerpunkt, auch die stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien.

Weiterhin erfolgt im Dezernat der Vollzug der Nachweisverordnung insbesondere hinsichtlich der Zulässigkeit vorgesehener Entsorgungen.

Auch dabei bildet die Deponie Ihlenberg neben den genehmigungsbedürftigen Abfallentsorgungsanlagen den absoluten Schwerpunkt.

Schließlich werden grenzüberschreitende Verbringungen von Abfällen beurteilt sowie Transportgenehmigungen und Freistellungen erteilt.

4.1.2 Technische Ausrüstung

Zur Gewährleistung einer effizienten Bearbeitung, speziell von größeren Datenmengen, sind alle Arbeitsplätze mit einem PC ausgerüstet. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen die fachspezifischen Programmpakete AIS-I für den immissionsschutzrechtlichen und ASYS für den abfallrechtlichen Teil zur Verfügung. Damit sind die gesamten Genehmigungs- und Kontrolltätigkeiten ebenso abrufbar wie die Begleitschein- und Nachweisverfahren.

Zur Darstellung der existierenden Anlagen in einem kartographischen System steht desweiteren das Programm ARC-VIEW zur Verfügung. Dies dient neben der Emissionsberichterstattung vor allem auch der effektiven Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung oder von Einzelbauvorhaben, da damit eine genaue Betrachtung der Wechselwirkungen einer geplanten Maßnahme mit der Umwelt ermöglicht wird.

Für die überschlägige Ermittlung von Lärmemissionen steht ein integrierter Schallpegelmesser des Typs 2238 Mediator der Firma Brüel und Kjaer zur Verfügung. Mit diesem Gerät kann ein schneller Überblick über die Lärmsituation an einem bestimmten Ort gegeben werden, was sich insbesondere bei der Bearbeitung von Beschwerden über Lärmemissionen des öfteren bewährt hat. In vielen Fällen konnten die notwendigen Schritte zur Abstellung unzulässigen Lärms dadurch zügig, gezielt und begründet eingeleitet werden.

4.2 Arbeitsergebnisse in 2003 (Stand: 30.09. 2003)

4.2.1 Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse

Genehmigungsverfahren nach BImSchG	2002 Anzahl	2003 Anzahl
Neugenehmigungen (§ 4, 8 und 9 BImSchG)	8	10
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	1	2
Änderungsgenehmigungen (§ 16 BImSchG)	8	13
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	2	2
Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	28	37
Gebühren für Genehmigungen nach BImSchG (in T€)	2002 T€	2003 T€
Gebühren für Genehmigungen (§§ 4, 8 und 9 BImSchG)	60,7	108,9
Gebühren für Änderungsgenehmigungen (§ 16 BImSchG)	24,5	31,3
Gebühren für Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	2,0	3,0
Gebühren für Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	7,5	13,0

Tätigkeiten im Innen- und Außendienst	2002 Anzahl	2003 Anzahl
Kontrollen, Überprüfungen an genehmigungsbedürftigen Anlagen	100	218
Anordnungen (§§ 17, 20, 28 BImSchG, §§ 21, 36 KrW-/AbfG und § 82 SOG)	12	43
Bearbeitung von Beschwerden bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	16	15
- davon wegen Lärm	6	1
- davon wegen Staub	1	1
- davon wegen Gerüchen	9	13
Stellungnahmen im Rahmen der Benehmensregelung für EFB	7	13
Stellungnahmen zur Bauleitplanung	112	91
Erteilung von Transportgenehmigungen/Änderungsbescheiden	8	8
Bearbeitung von Anzeigen nach § 11 NachwV	82	20
Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen	68	57
Bearbeitung von Begleitscheinen	19.500	16.300
Genehmigte Abfallexporte und –importe	23	24
Prüfung von Fördermaßnahmen zum Klimaschutzkonzept	56	32
Prüfung von Fördermaßnahmen zur kommunalen Abfallwirtschaft	3	6

Bewilligte Fördermittel (in T€)	2002 T€	2003 T€
Fördermaßnahmen zum Klimaschutzkonzept	329,5	1271,0
Fördermaßnahmen zur kommunalen Abfallwirtschaft	47,0	15,0

4.2.2 Ausgewählte Vorhaben

4.2.2.1 Neugenehmigung einer Feuerverzinkerei in Schönberg

Stahl ist der wohl faszinierendste Werkstoff, den Menschen je geschaffen haben. Kaum ein anderer erreicht auch nur annähernd die Spannweiten, Höhen, Zugfestigkeiten und weitere Leistungsdaten. Dieser Werkstoff hat aber ein nicht zu unterschätzendes Problem, Witterungseinflüsse und Luftverunreinigungen lassen den Stahl korrodieren.

Das Feuerverzinken ist ein bewährtes und zugleich modernes Korrosionsschutzverfahren um den Rost zu stoppen. Das Verzinken hat sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt. Das Spektrum der Innovationen reicht von der Einführung moderner, umweltfreundlicher Technologien bis zur Erschließung neuer Anwendungsgebiete. Mit Hilfe der verschiedenen Verfahrensvarianten des Feuerverzinkens werden zur Zeit jährlich allein in der Bundesrepublik Deutschland weit mehr als 3 Millionen Tonnen Stahl vor Korrosion geschützt.

Herr Willi Kopf hatte im vergangenen Jahr einen Antrag auf die Errichtung und den Betrieb einer Feuerverzinkerei am Standort des Gewerbeparkes „Sabower Höhe“ in Schönberg gestellt. Die Kopfgruppe betreibt 26 Verzinkereien in Deutschland, Österreich und Osteuropa.

Die beantragte Genehmigung wurde von mir im November 2002 erteilt, die Inbetriebnahme erfolgte im Jahre 2003.

Die Anlage ist für einen Rohgutdurchsatz von 8 t je Stunde ausgelegt, der Verzinkungskessel hat die Abmaße 7 x 1,8 x 3 m, die Produktionsfläche beträgt ca. 3.000 m², für die Errichtung wurde ein Investitionsvolumen von 5 Mio. € aufgewendet.

Ein umweltrelevanter Beitrag zum sparsamen Energieeinsatz ist in der Vorbehandlung des Verzinkungsgutes umgesetzt worden. Die heißen Abgase der Heizung des Verzinkungskessels werden über einen Wärmetauscher geleitet. Die Temperierung der Entfettungs-, Beiz- und Spülbäder kann durch diese technische Lösung weitestgehend mit der Sekundärenergie abgesichert werden.

Mit der Inbetriebnahme der Anlage konnten 30 Mitarbeiter einen Arbeitsplatz finden. Für die Stadt Schönberg und die Region stellt der neue Produktionsbetrieb einen bedeutenden Zugewinn dar.

Verzinkereien hatten in der Vergangenheit ein Imageproblem. Sie galten als stark gesundheitsgefährdend, unfallträchtig und umweltbelastend. Durch den Einsatz eines rechnergestützten, halbautomatischen Produktionsablaufes, die Einhausung der Vorbehandlungsstrecke und des Verzinkungskessels sowie durch die Fassung, Reinigung und kontrollierte Ableitung der Abgase entspricht die Verzinkerei in Schönberg jedoch dem Stand der Technik und dürfte daher dieses Imageproblem nicht mehr haben.

Desweiteren werden Verzinkereien oft mit Lärmproblemen in Verbindung gebracht. Die Ursachen dafür sind in den lärmintensiven Transport-, Lager- und Umschlagprozessen von sehr großen Stahlbauteilen zu suchen. Gelöst wurde dieses Problem in Schönberg durch eine Optimierung der Lager- und Transportprozesse, durch die Auswahl eines Standortes im Industriegebiet und durch die Anordnung der Verzinkerei in der Randlage des Industriegebietes in möglichst großer Entfernung zu Wohngebieten.



Verzinkerei Willi Kopf im Gewerbepark
„Sabower Höhe“ in Schönberg

4.2.2.2 Rekultivierung der ehemaligen Betriebsdeponie der MTW Schiffswerft GmbH

Die frühere VEB Mathias-Thesen-Werft betrieb in der Zeit von 1957 bis 1990 eine Deponie zur Ablagerung werfteigener Abfälle. Diese ehemalige MTW – Betriebsdeponie nimmt eine Teilfläche von 65 000 m² ein.

Die Betriebsdeponie entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik. Sie verfügt über keine technischen Einrichtungen (Basisabdichtung, Sickerwasserfassung, -behandlung etc.) zum Schutz der Umwelt vor möglichen Schadstoffemissionen. Des weiteren liegt der Deponiefuß auf dem Niveau des Ostseewasserspiegels und somit im Hochwasser-Schwankungsbereich der Wismarbucht. Deshalb wurde die MTW Schiffswerft GmbH i.L. als Rechtsnachfolger des VEB Mathias-Thesen-Werft durch meine abfallrechtliche Anordnungen zur Sicherung des Standortes verpflichtet.



Blick vom Deponiehochpunkt zur Aker MTW
(Zufahrtsbereich Deponie)

Das daraufhin veranlasste Bauvorhaben umfasste die Profilierung des Deponiekörpers, sowie die Herstellung eines Oberflächenabdichtungssystems inkl. Dichtungsauflage, Drainage- und Rekultivierungsschicht als entsprechende Maßnahme zur Verhinderung von Schadstoff-austrägen und Kontaminationsverschleppungen über den Wasserpfad. Zusätzlich wurde ein Hochwasserschutzwall aus Natursteinen (Blockpackung) errichtet. Das Dichtungssystem umfasst folgende Teilkomponenten:

- | | |
|--|----------------------------|
| ➤ Ausgleichsschicht (Recyclingmaterial) | Fertigstellung April 2003 |
| ➤ 1. Lage mineralische Dichtung | Fertigstellung Juni 2003 |
| ➤ 2. Lage mineralische Dichtung | Fertigstellung Juli 2003 |
| ➤ Dränmatte | Fertigstellung Juli 2003 |
| ➤ Wurzelsperrschicht | Fertigstellung Juli 2003 |
| ➤ Rekultivierungsschicht
(inkl. Grasansaat) | Fertigstellung August 2003 |

Die mineralische Dichtung besteht aus Geschiebemergel und sollte einen Durchlässigkeitswert von $5 \times 10^{-10} \text{ m/s}$ nicht überschreiten, was durch die Eigen- und Fremdüberwachung nachgewiesen wurde.



mineralische Oberflächenabdichtung

Als Wurzelsperrschicht diente eignungsgeprüfter Sand der Körnung 0/4 aus dem Kieswerk Krassow bei Wismar. Der Rekultivierungsboden stammt von den Spülfeldern der Hansestadt Rostock.

Die im Prüfraster von 2000 m² durchgeführten bodenmechanischen Untersuchungen der Eigen- und Fremdüberwachung entsprechen in allen Punkten den Forderungen des Qualitätssicherungsplanes (QSP).

Nach dem Aufbringen der Grasansaat wurde die Deponie eingezäunt und am 7. August 2003 von mir baulich abgenommen. Damit gilt die Deponie als stillgelegt und kann in die Nachsorge entlassen werden. Zur Nachsorge gehören u.a. das Beobachten von 10 Setzungsmesspunkten, die Beprobung von Grundwassermessstellen, das Durchführen von Mäharbeiten (2 x jährlich) sowie regelmäßige Begehungen zur Feststellung eventueller Erosionsschäden im Dichtungssystem.



Herstellung der Rekultivierungsschicht
Befestigung des Böschungsfußes zum Hochwasserschutz

4.2.2.3 Mitwirkung an der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Landes M-V

Entsprechend der Förderrichtlinie zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sind Anträge für die Bewilligung von diesbezüglichen Zuwendungen bei den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur zu stellen. Diese Anträge werden dann einer fachlichen Erstbewertung unterzogen und im Ergebnis dessen wird der Bewilligungsbehörde ein entscheidungsreifer Antrag vorgelegt. Im Laufe des Verfahrens werden die Antragsteller umfassend beraten und die Objekte kontrollierend begleitet. Abschließend ist die zweckgebundene Verwendung der bereitgestellten Fördermittel zu prüfen. Viele Fördermaßnahmen sind oft über Jahre zu begleiten.

Das Spektrum reicht von der Installation von Wärmepumpen, der Umstellung auf erdgasbetriebene Kraftfahrzeuge, dem Einsatz von Solartechnik zur Wärme- oder Stromerzeugung bis zum Einsatz von Wärmetauschern im kommunalen Wohnungsbau.

Stellvertretend für Initiativen und Objekte im Rahmen des Klimaschutzes ist die Förderung des Zukunftsprojektes des Landtages Mecklenburg-Vorpommern „Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern“ zu nennen.



Hinweistafel vor dem im Bau befindlichen Hauptgebäude

Nach ersten Abschätzungen sind für die Gesamtfinanzierung Finanzmittel von 5,5 Mio. € erforderlich. Das Vorhaben wird seit dem Jahr 2001 von mir fachlich begleitet. Das Solarzentrum befindet sich in der Gemeinde Wietow und besteht aus folgenden Teilbereichen:

- 10.000 m² Experimentierfeld im Freigelände
- Solaroptimiertes Demonstrationshaus mit Ausstellungs- und Konferenzräumen
- Solares Arbeits- und Bürogebäude
- überbetriebliche Ausbildungsstätte
- grüne solare Kommunikationsinsel
- energieautarker Neubau als Forschungskomplex.

Künftig sollen hier 15 Wissenschaftler an der Nutzung regenerativer Energien forschen und wohnen können. Die Wissenschaftler werden über moderne

Kommunikationstechniken verfügen und künftig international vernetzt Daten und Messwerte austauschen.

Am 13.09.2003 wurde das Projekt in einer Festveranstaltung im sanierten Hauptgebäude eingeweiht.



Bis kurz vor der Einweihung waren die umfangreichen Sanierungsarbeiten noch im Gange

Bauherr und Träger des Solarzentrums wird der gemeinnützige Verein Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern e.V. sein.

Bis September 2003 wurden ca. 2,3 Mio € in die bestehenden Objekte investiert. Davon hat das Umweltministerium M-V im Rahmen dieser Fördermaßnahme bisher ca. 2,0 Mio € an Fördermitteln bereitgestellt.

Seit dem Jahr 2000 unterstützt das Umweltministerium die Förderinitiative „Kirchengemeinden für die Sonnenenergie“.

In den Kirchen vieler Städte und Gemeinden des Landes sind mit Fördermitteln des Umweltministeriums Photovoltaikanlagen, Solarthermieranlagen und Wärmepumpen installiert worden.



Solardach Kirche Carlow

Solartechnik und Denkmalschutz schließen einander nicht aus. Eine beispielhafte Lösung ist mit der Integration einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kirche in der Gemeinde Carlow gelungen.

Der Wirkungsgrad dieser Anlage kann von jedem Besucher anschaulich verfolgt werden.



Anzeigetafel vor der Kirche Carlow

So können auf dieser Anzeigetafel die Sonneneinstrahlung, die Energieeinspeisung und die bisher gelieferte Energie direkt abgelesen werden.

An vielen Orten befinden sich inzwischen geförderte Anlagen zur Gewinnung, Umwandlung und Nutzung erneuerbarer Energie im Einsatz, so z.B. in Kindergärten, Schulen oder kommunalen Ver- und Entsorgungseinrichtungen.

Meine Beratung und Begleitung förderfähiger Initiativen stellt dabei einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern dar.

4.2.2.4 Geruchsemissionsminderung durch Abdeckung eines Güllerechteckbeckens mit Pegülit

Die Firma Pätrower Mastschwein GmbH & Co. KG betreibt in Paetrow eine Anlage zum Halten von Mastschweinen in 7 Ställen auf Spaltenboden. Im November 2000 wurde der Anlagenbetreiber von mir beauftragt, seine Anlage zu sanieren und sie dem Stand der Technik anzupassen. Dieser Auflage waren Beschwerden über Geruchsbelästigungen an den angrenzenden Wohnbebauungen vorausgegangen. Gegenstand der Beschwerden war insbesondere der Betrieb der Gülleanlage. Die Gülleanlage besteht aus zwei Rechteckbecken mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 6.000 m³.

Die Schweinemastanlage liegt wie die meisten Altanlagen relativ dicht an vorhandenen Wohnbebauungen und wird in diesem Fall sogar durch eine zweite Tierhaltungsanlage flankiert. Die Anlage wurde gutachterlich beurteilt und entsprechende Sanierungsmaßnahmen, wie z.B. eine höhere Abluftableitung und eine Bündelung der Abluftschächte, realisiert.

Probleme traten jedoch bei der Abdeckung der beiden Rechteckbecken auf. Die Frage der technischen Realisierbarkeit stellte sich dabei als entscheidend heraus. Vorgesehen war eine Abdeckung mit einer Kegelstumpfplane „CENO – Geruchverschluss“, die einen Emissionsminderungsgrad von nahe 100 % für Gerüche aufweist. Leider war die technische Realisierung nicht möglich, da technische Umbauten an den Behältern notwendig geworden wären. Zum einen konnten die Behälter nicht vollständig entleert werden um entsprechende Arbeiten im Behälter auszuführen und zum anderen hätte die Technik zum Homogenisieren bzw. Aufrühren entfernt und eine andere Technik installiert werden müssen. Deshalb wurde durch den Anlagenbetreiber vorgeschlagen, als Abdeckung eine künstliche Schwimmschicht aus Pegülit M+ vorzusehen.

Pegülit ist ein reines Naturprodukt. Abgebaut wird es in griechischen Steinbrüchen als weißes Naturgestein. Unter Zugabe eines natürlichen Additivs wird das schwimmfähige und zugleich geruchsmindernde Pegülit hergestellt.

Bevor die beiden Behälter mit o.g. Schüttung versehen wurden, sollte eine Versuchsmessung die Wirksamkeit bzw. den Emissionsminderungsgrad nachweisen. Dazu wurden verschiedene Messungen an einem angrenzenden Vorlagebehälter bzw. der Vorgrube durchgeführt.

Der Vorlagebehälter war eine Stunde vor der Messung mit Gülle aus den Rechteckbecken befüllt worden. Die durch das Aufrühren zerstörte natürliche Schwimmschicht stellte sich unmittelbar nach Befüllung wieder ein. Die natürliche Schichtdicke betrug 5 – 10 cm. Auf die natürliche Schwimmschicht wurden zwei Holzrahmen mit einer Grundfläche von je 0.65 m^2 aufgesetzt und ca. 5 cm tief in die Schwimmschicht eingebracht. Auf zwei abgetrennten Teilflächen wurden Pegüliterschüttungen unterschiedlicher Stärke (2 bzw. 5 cm) aufgebracht. Eine dritte Teilfläche wurde im Originalzustand mit natürlicher Schwimmschicht belassen.

Die Probenahmen erfolgten durch Aufsetzen eines oben geschlossenen und unten offenen PE-Behälters auf die zu beprobenden Flächen. Die olfaktometrischen Messungen erfolgten gemäß VDI Richtlinie 3881, Blatt 3 Gasstrahlprinzip, Universität Kiel: Modell TO6-SiH.

Es wurden in Anlehnung an die GIRL M-V jeweils drei Proben je Betriebszustand gezogen. Als unterschiedliche Betriebszustände wurden zwei verschiedene Schichtdicken von Pegülit sowie die natürliche Schwimmschicht angenommen. Zusätzlich wurde eine Probe der Rohgülle gezogen.

Der Geruchsminderungsgrad der 5 cm starken Pegüliterschüttung in Kombination mit der natürlichen Schwimmschicht (5 bis 10 cm) wurde mit einem Wirkungsgrad von 99 % bestimmt. Damit ist diese Schüttung als hochwirksam und funktionstüchtig zu bewerten. Aufgrund dieses Ergebnisses erfolgte die Pegüliterschüttung der Behälter mit einer Schichtdicke von 5 cm.

Meine Kontrollen zeigten, daß an den Stellen, die nicht mit dem Rührwerk in Kontakt kamen, die helle Schüttung oberflächlich gut erkennbar war. In den Bereichen der Homogenisierung waren allerdings die Schüttungen verschwunden bzw. nur die natürliche Schwimmschicht erkennbar. Inwieweit das Material (Pegülit) wieder alleine aufschwimmt muss abgewartet werden bzw. es müssen diese Stellen mit Pegülit nachgeschüttet werden.

Weitere regelmäßige Kontrollen sollen darüber Klarheit schaffen. Deutlich wahrnehmbare Gerüche wurden bei den Kontrollen an den beiden Güllebehältern jedenfalls nicht mehr wahrgenommen.



Abdeckung des Rechteckbeckens mit Pegüllit 11 +

4.2.2.5 Neugenehmigung einer Biogasanlage in Karft als Beitrag zur Nutzung alternativer Energien

Die Firma EGW Karft GmbH & Co. KG betreibt seit Mai 2003 in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schweinezuchtanlage in Wittendörp/OT Karft eine von mir genehmigte Biogasanlage.

Diese Anlage dient vorrangig der anaeroben Behandlung (hier Vergärung) von Rinder- und Schweinegülle unter Zusatz von nachwachsenden Rohstoffen und anderen Kosubstraten. Das Hauptziel der Anlage ist sowohl die Erzeugung und sinnvolle Nutzung von Energie als auch die Durchsetzung effektiver Minimierungsmaßnahmen der bisher am Standort vorhandenen Geruchsemissionen.

Die Biogasanlage wurde entsprechend dem derzeitigen Stand der Technik errichtet und besteht im wesentlichen aus folgenden Bauelementen:

- zwei Zwischenspeichern
- einem Vorlagebehälter
- einem Fermenter
- einem Nachgärbehälter
- einem Gasverdichter und
- einem Blockheizkraftwerk mit einer Feuerungswärmeleistung von ca. 1400 kW.

Die kombinierte Kraft-Wärme-Kopplung stellt eine wirtschaftliche Möglichkeit zur dezentralen Stromerzeugung mit gleichzeitiger Wärmenutzung für den benachbarten landwirtschaftlichen Betrieb dar. Neben den genannten Hauptzielen spielen auch die gülleverbessernden und umweltrelevanten Wirkungen eine große Rolle. So kommt es durch den Einsatz der Biogastechnik zur Minderung von treibhauswirksamen Emissionen, hier u.a. Methan (CH_4), Lachgas (NO_2) und Kohlendioxid (CO_2).

Frei gesetzt wird an CO₂ nur die Menge, die vorher bereits durch die Pflanzen gebunden wurde. Die Verminderung der Methan- und Ammoniakbelastung der Luft durch das geschlossene Biogasverfahren ist eine wichtige und nachhaltige Umweltschutzmaßnahme. Methan ist mit etwa 20 % am Treibhauseffekt beteiligt und neben CO₂ (50 %) das zweitschädlichste Treibhausgas.

Weitere positive Nebeneffekte der Biogaserzeugung sind unter anderem:

- Verringerung der Geruchsintensität bei Gülle, durch den Abbau flüchtiger, unangenehm riechender organischer Fettsäuren
- Verringerung der Ätzwirkung und Verbesserung der Pflanzenverträglichkeit der Gülle, durch den Abbau nicht flüchtiger und ätzend wirkender organischer Säuren
- Verbesserung der Fließfähigkeit und Homogenität der Gülle zur weiteren Verarbeitung und Ausbringung auf landwirtschaftliche Nutzflächen
- Vermeiden von Nährstoffverlusten durch den unter Luftabschluss verlaufenden Gärprozess
- Verringerung von Nitratauswaschungen durch den Einsatz von Biogasgülle als Kopfdünger auf wachsende Pflanzenbestände
- Verringerung der Keimfähigkeit von Unkrautsamen durch Hygienisierung im thermophilen Bereich
- Verbesserung der Pflanzengesundheit und Regenerierung des Bodens durch den Einsatz von Biogasgülle als Pflanzenschutzmittel
- Schnelle Beweidungsmöglichkeit durch gute Abweidung auf den mit Biogasgülle behandelten Flächen gegenüber konventionellen Gülleparzellen.

Der Nutzen der Biogasanlage als zukunftsfähige Energiequelle kann wie folgt kurz zusammengefasst werden:

- Erzeugung von Strom und Wärmeenergie
- Sicherung und Verbesserung von landwirtschaftlichen Einkommen
- Höhere Verfügbarkeit von Stickstoff durch Einsatz vergorener Gülle
- Geringere Umweltbelastung durch Substitution fossiler Energiequellen, geschlossenen CO₂-Kreislauf und Geruchsverbesserung am Standort
- Energetische Verwertung und umweltgerechte Entsorgung organischer Abfälle.

4.3 Ausblick auf das Jahr 2004

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit wird neben der Genehmigung und Kontrolle von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz auch weiterhin die Deponie Ihlenberg darstellen. Neben der allgemeinen Kontrolltätigkeit wird dabei besonderer Wert auf die Umsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung der Dauerstandfestigkeit und zur Verminderung der Geruchsemissionen gelegt.

Da ab Juni 2005 keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr abgelagert werden dürfen, müssen die erforderlichen Anlagen zur Behandlung der Abfälle in der verbleibenden Zeit genehmigt und errichtet werden. Nach dem Inkrafttreten der Verordnung zur umweltverträglichen Ablagerung von Siedlungsabfällen und zur Ablagerung von mechanisch-biologisch behandelten Abfällen dürfen dafür sowohl Verbrennungsanlagen als auch Anlagen zur mechanisch-biologischen Behandlung eingesetzt werden.

Nach der Genehmigung der Thermischen Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust ist die Überwachung der ordnungsgemäßen Errichtung und Inbetriebnahme der Anlage sicherzustellen.

Das Genehmigungsverfahren für die geplante mechanisch-biologische Behandlungsanlage am Standort Ihlenberg wird nach der Vervollständigung der Antragsunterlagen ebenso einen wesentlichen Teil der Arbeit im Jahre 2004 ausmachen wie die Bearbeitung von Genehmigungsanträgen für größere Tierhaltungsanlagen sowie für Holz-Verbrennungsanlagen.

Einen hohen Arbeitsaufwand erfordert weiterhin die Bearbeitung und Kontrolle der genehmigungsbedürftigen Altanlagen. Die Zahl dieser zu bearbeitenden Anlagen ist sehr hoch, so dass selbst bei gleichbleibendem Personalbestand diese Aufgabe nicht ohne Einschränkungen zu bewältigen sein wird. Dies trifft aufgrund der Personalreduzierung auch auf die Bearbeitung der stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien zu.

5. Personalrat

Der örtliche Personalrat im StAUN SN setzt sich wie folgt zusammen:

Gruppe der Angestellten

Frau Karola Asmus	Vorsitzende, Sprecherin der Angestellten
Frau Beate Köpp	
Herr Joachim Gamrath,	bis 8.10.2003
Frau Birgit Jablonowsky	ab 9.10.2003

Gruppe der Beamten

Herr Walter Klamann	Sprecher der Beamten, 1. Stellvertreter der Vorsitzenden
---------------------	---

Gruppe der Arbeiter

Herr Jörg Waack	Sprecher der Arbeiter, 2. Stellvertreter der Vorsitzenden
-----------------	--

Die Gruppensprecher Frau Asmus, Herr Klamann und Herr Waack bilden zugleich den Vorstand. Die Vorsitzende vertritt den Personalrat im Rahmen der vom Vorstand gefassten Beschlüsse. Dem Vorstand gehört ein Mitglied jeder im Personalrat vertretenen Gruppe an.

Die Personalvertretung hat stets entsprechend der Aufgabenstellung des Personalrates, die kollektiven Interessen der Beschäftigten in allen innerdienstlichen Angelegenheiten aktiv vertreten. Hierbei handelt es sich um Fragen sozialer, personeller und organisatorischer Natur. Die der Personalvertretung zugewiesenen Aufgaben beziehen sich nur auf die Bereiche, die vom Auftrag des Personalvertretungsrechtes erfasst sind. Dazu gehören nicht Angelegenheiten, die die Aufgabenerfüllung der Dienststelle gegenüber der Allgemeinheit betreffen. Sie bleiben allein der Dienststellenleitung vorbehalten.

Beabsichtigte Maßnahmen, die der Mitbestimmung unterliegen, wurden durch den Leiter der Dienststelle beantragt, zu Maßnahmen, die der Mitwirkung unterliegen, wurde der Personalrat rechtzeitig informiert. Durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle und der Information zu maßgeblichen Einzelheiten beabsichtigter Maßnahmen war es möglich, eine hinreichende Abwägung der Interessen vorzunehmen. Gemeinsam wurde nach akzeptablen Lösungen gesucht. Für den jeweiligen Arbeitsbereich, aber auch den einzelnen Beschäftigten waren es zugegebenermaßen nicht immer die bequemsten, angenehmsten Entscheidungen.

Für berechnigte Einzelinteressen war der Personalrat stets offen und um Klärung des Anliegens bemüht.

Die Beteiligung in Personalangelegenheiten beinhaltete die Mitbestimmung bei

- Einstellungen,
- Beförderungen,
- Höhergruppierung, Rückgruppierung,

- Wechsel der Fallgruppe,
- Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages,
- Absehen von der Stellenausschreibung
- allgemeinen Fragen der Fortbildung.

Im Rahmen der mitstimmungspflichtigen Tatbestände nach § 68 Pers M-V wurden 16 Beschlüsse gefasst. Darüber hinaus war über eine große Anzahl von Fortbildungslehrgängen an der FH Güstrow zu befinden.

Im laufenden Jahr wurden 12 Personalratssitzungen und 5 Monatsgespräche durchgeführt.

Organisatorische Angelegenheiten, wie die durch den Amtsleiter geplanten und umgesetzten Änderungen in der Aufbauorganisation des StAUN, die Überarbeitung der Dienstzeitregelung und die Einführung der Zeiterfassung im Pilotprojekt der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sowie die im Land beabsichtigte Verwaltungsstrukturreform einschließlich der möglichen Auflösung des StAUN Lübz, bildeten immer wiederkehrende Schwerpunkte in der Arbeit der Personalvertretung. Zugestimmt wurden z. B.:

- dem Vertrag zwischen dem Betrieb für Bau und Liegenschaften und der Möwenkantinengesellschaft mbH. Dieser Vertrag beinhaltet die Versorgung der Beschäftigten am Standort.
- der Dienstvereinbarung über die Dienstzeitregelung für die Beschäftigten des StAUN SN
- der Dienstvereinbarung über die Einführung der leistungsbezogenen Zeiterfassung (KLR)
- der vorläufigen Aufbauorganisation des StAUN SN mit Inkrafttreten am 01.11.2003 und der Aufbauorganisation nach Auflösung des StAUN Lübz.

Die diskutierte Auflösung des StAUN Lübz auf der Klausurtagung des Umweltressorts wurde intern im Geschäftsbereich des Umweltministeriums im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens gestartet.

Das Interessenbekundungsverfahren sollte vordringlich dazu dienen, Mitarbeiter des StAUN Lübz entsprechend ihrer Qualifikation und dem Aufgabenübergang sowie sozialverträglich auf die anderen Behörden des Umweltressorts zu verteilen. Dieses Verfahren galt auch für alle anderen Mitarbeiter des Ressorts, die bisher wohnortfern ihre Beschäftigung ausüben.

Eine Interessenbekundung aller Mitarbeiter zu einem ggf. möglichen Wechsel des Dienstortes war ausdrücklich erwünscht, damit über sich daraus ergebende "Kettenversetzungen" die Zielstellung - Sozialverträglichkeit innerhalb des Geschäftsbereichs des UM - erreicht werden konnte.

Weiterhin wurden Stellungnahmen, z. B. für die Beurteilungsrunde 2003 mit Bildung der Vergleichsgruppen mD und gD Bereich und zu Gesetzesänderungen der Landesregierung abgegeben.

Breiten Raum nahmen auch im Jahr 2003 die persönlichen Gespräche mit den Beschäftigten zu verschiedenen Fragen des Arbeits- und Tarifrechts ein.

Die seit 1998 in der Dienststelle bestehende Schwerbehindertenvertretung, dessen Vertrauensmann Herr Kessler in der zweiten Amtszeit ist, hat an den Sitzungen des Personalrates beratend teilgenommen. Zu Angelegenheiten, die einzelne

Schwerbehinderte oder die Schwerbehinderten als Gruppe berühren, wurde die Schwerbehindertenvertretung- rechtzeitig und umfassend unterrichtet.

Nach den geltenden Regelungen des Schwerbehindertenrechts kümmern sich in unserer Dienststelle die Schwerbehindertenvertretung und der Personalrat gemeinsam um die Belange der Schwerbehinderten.

Von Anfang an wurde Wert darauf gelegt, dass der organisatorische Rahmen für einen guten innerbetrieblichen Informationsfluss in Schwerbehindertenangelegenheiten geschaffen wird.

Durch die Mitwirkung des Amtsleiters und des örtlichen Personalrates wird das Angebot der Zusammenarbeit von allen Beteiligten ständig optimiert. Positiv ist anzumerken, dass in unserer Dienststelle die Schwerbehindertenquote ca. 10 % beträgt..

Der beim Umweltministerium angesiedelte Hauptpersonalrat und der örtliche Personalrat pflegen eine gute Zusammenarbeit. Das StAUN SN ist aus der Gruppe der Angestellten durch Frau Asmus im HPR vertreten.. Zu den Monatsgesprächen mit dem Minister, die teilweise Themen beinhalteten, die für den nachgeordneten Bereich von Bedeutung waren (z.B. Verwaltungsreform), wurden die öPR Vorsitzenden hinzugezogen. Da Frau Asmus bereits Mitglied des HPR ist, nahm Herr Klamann an diesen Gesprächen teil.

Durch die Landesregierung M-V wird an der politischen Lösung zur Weiterführung der Verwaltungsreform gearbeitet. In interministeriellen Arbeitsgruppen (IMAG) bzw. im Lenkungsausschuss erfolgt die Vorbereitung der Reform.

Da durch Kommunalisierung von Verwaltungsaufgaben und Zusammenlegung von Kreisen das langfristige Ziel der Verwaltungsreform in einer erheblichen Personalreduzierung besteht, wird auch der öffentliche Dienst seinen Beitrag sowohl zur aktuellen finanziellen Notsituation als auch zur mittelfristigen Konsolidierung des Landeshaushaltes zu leisten haben. Ziel des Personalrates ist, auch künftig den Anforderungen und Erwartungen der Beschäftigten des StAUN unter den sich verändernden Bedingungen gerecht zu werden. Ein Schritt zur weiteren Intensivierung der Personalratsarbeit und Zusammenarbeit mit der Dienststelle wird in der Vereinbarung eines festen Termins der Durchführung des Monatsgespräches - jeweils am dritten Mittwoch des Monats - gesehen.

Anmerkung

Anfang Oktober legte Herr Gamrath sein Mandat aus persönlichen Gründen nieder. Gemäß PersVG M-V § 23 tritt das Ersatzmitglied mit der nächsthöchsten Stimmenzahl derjenigen Vorschlagsliste, dem das zu ersetzende Mitglied angehörte, für ein Ausscheidendes ein.

Die entsprechende Ersatzkandidatin der Liste 2 ist Frau Birgit Jablonowsky. Frau Jablonowsky trat am 26.10.2003 in den Personalrat ein.

6. Anhang

Organisationsplan StAUN Schwerin (Stand 31.12.03)

Amtsleiter: Engel, VA ☎ 600

Vertreter: Zielke, RD ☎ 120

Vorzimmer: Meyer, VAe ☎ 601

Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3	Abteilung 4
Allgemeine Abteilung	Naturschutz und Landschaftspflege	Wasser und Boden	Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft
AL 1 Zielke, RD ☎ 120	AL 2 Fiedler, BOR ☎ 620	AL 3 Seefeldt, VA ☎ 630	AL 4 Spona, VA ☎ 640
100 Justitiariat Organisation Innerer Dienst Liegenschaften Öffentlichkeitsarbeit Zielke, RD ☎ 120	200 Landschaftsplanung, Eingriffe Fiedler, BOR ☎ 620	300 Allgemeine Angelegenheiten Gewässeraufsicht, wasserbehördlicher Vollzug Bodenschutz Seefeldt, VA ☎ 630	400 Regionaler und produkt- bezogener Umweltschutz, verwaltungs- und verfahrens- technische Angelegenheiten Spona, VA ☎ 640
110 Personal, Haushalts- und Fördermittelangelegenheiten Jahn, RAR'in ☎ 110	210 Arten- und Biotopschutz, Naturschutzgebiete Meyer, VA ☎ 210	310 Zentralstelle AbwAbg/WEE Pohl, VAe ☎ 360	410 Anlagen Nr. 1-5 , 8.1 und 10 der 4.BImSchV Murawski, BOR ☎ 410
	220 Naturschutzgerechte Landnutzung Pranz, VA ☎ 220	320 Gewässerverwaltung, Küsten- und Hochwasserschutz Brüdigam, BOR ☎ 320	420 Anlagen Nr. 7 und 9 sowie 8.2 bis 8.11 der 4. BimSchV AEA nach Baurecht, Deponien, Vollzug der Nachweisverordnung Dr. Fietz, UOR ☎ 420
		330 Siedlungswasserwirtschaft Ditrich, VA ☎ 330	
		340 Gewässerkundlicher Landesdienst Schubert, VA ☎ 340	